



Ausschuss für Schule und Bildung (6.) und Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:02 Uhr bis 16:58 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29.11.2022

Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Florian Braun: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Liebe Sachverständige! Ich freue mich, dass ich die 6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung eröffnen kann. Das ist auch zeitgleich unsere zweite Anhörung und noch dazu eine gemeinsame Anhörung mit dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, weshalb ich Sie auch herzlich im Namen des Vorsitzenden Kollegen Herrn Jörg begrüßen darf. Ich freue mich, dass Sie alle zahlreich gekommen sind, dass insbesondere unsere Sachverständigen im Vorfeld ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion schriftlich eingereicht haben.

Als Hinweise darf ich mir erlauben, dass Ton-, Film- und Videoaufnahmen während der Anhörung hier im Sitzungsraum untersagt sind, also gegebenenfalls bitte einzustellen sind. Des Weiteren darf ich darauf hinweisen, dass unsere heutige Anhörung live gestreamt wird. Wir sehen auch oben am Bildschirm, dass sich bereits einige Gäste, unter anderem Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, aber auch aus den Häusern eingewählt haben, zudem auch weitere Sachverständige per Video zugeschaltet sind. Das sind Frau Professorin Dr. Sabine Walper sowie Marie-Florence Geerlings, hier im Raum sind weitere Sachverständige anwesend, dazu dann gleich mehr in den Antwortrunden.

Ich darf zum Ablauf darauf hinweisen, wie wir das schon bei der letzten Anhörung vollzogen haben, dass wir keine Eingangsstatements der Sachverständigen vorsehen. Sie dürfen davon ausgehen, dass alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Ihre schriftlichen Stellungnahmen im Vorfeld ausführlich zur Kenntnis genommen haben und das die Basis für die heutige Anhörung und die weiteren Fragen bildet. Wir werden daher direkt in die Fragerunde einsteigen und werden in einer Fragerunde von jeder Fraktion eine Frage sammeln. In der ersten Runde ist durchaus auch möglich, dass die Frage an Sie breiter adressiert wird. In den weiteren Fragerunden sollen dann die Fragen auf maximal drei Sachverständige konzentriert werden, damit wir eben auch eine konzentrierte Debatte haben werden.

Ich möchte Sie darum bitten, Ihre Statements, Ihre Antworten auf drei Minuten zeitlich zu begrenzen. Ich habe hier vorne eine kleine Uhr, mit der ich versuche, das entsprechend nachzuhalten. Das verstehen Sie bitte nicht als Bösartigkeit, sondern es geht nur darum, Ihnen und auch allen anderen Sachverständigen den gleichen Raum zur Verfügung zu stellen, um uns Ihre Stellungnahmen hier im Dialog mitzuteilen.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wenn es dazu keine weiteren Anmerkungen oder Fragen gibt, dann soll es das auch schon zu den Hinweisen zum Prozedere gewesen sein. Wir können tatsächlich mit der ersten Fragerunde starten. Da gebührt natürlich das erste Fragerecht der Antragstellenden SPD-Fraktion.

Dilek Engin (SPD): Vielen Dank, dass Sie gekommen sind, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um sich mit uns und unserem Antrag auseinanderzusetzen. Unsere Erfahrungen aus der Coronapandemie haben ja gezeigt, dass Schulen und Kitas krisenfester gemacht werden müssen. Daher geht meine erste Frage zunächst an Frau Schneckenburger, Herrn Beckmann, Herrn Holzer, Herrn Professor Dr. Karutz und Frau Professorin Dr. Walper.

Die Frage lautet: Sehen Sie das genauso, dass Schulen und Kitas als kritische Infrastruktur erklärt werden sollen? Wie kann aus Ihrer Sicht die Krisenfestigkeit und institutionelle Resilienz des Bildungswesens in NRW verbessert werden und welche Maßnahmen sollte das Land ergreifen?

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie sich heute Nachmittag Zeit nehmen. Ich habe eine Frage, und zwar an Frau Geerlings, an Herrn Beckmann und an Frau Schneckenburger. Die Landesregierung hat zeitnah nach den Landtagswahlen Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die am Schulleben Beteiligten entsprechend auf den Herbst vorzubereiten. Sie als Schulleitung oder auch als Elternvertreter oder Sie vom Städte- und Gemeindebund haben Maßnahmen zur Verfügung gestellt bekommen.

Da wäre jetzt meine Frage: Sehen Sie die Maßnahmen, die die Landesregierung zur Verfügung gestellt hat, als sinnvolle Ergänzung an? War das für Sie eine sinnvolle Unterstützung für die Akteure vor Ort und für Sie selbst?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Sachverständigen! Ich würde gerne fragen wollen, was Sie uns empfehlen mit anzuregen, damit die erheblichen Beeinträchtigungen, wie ich sie den Gutachten entnommen habe, und negativen Wirkungen für unsere Kinder in den nächsten Monaten und Jahren behoben werden können.

Was sind aus Ihrer Sicht zwingend notwendige Schritte? Einige sind ja schon eingeleitet. Sind sie schon ausreichend, oder sind weitere notwendig, damit die betroffenen Kinder aufholen können? Dazu würde ich insbesondere Frau Professorin Walper fragen, aber auch die anderen Sachverständigen, was aus Ihrer Sicht hier zusätzlich notwendig erscheint. – Danke.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Ich schließe mich dem Dankeschön an, dass Sie sich heute Nachmittag die Zeit nehmen, um über dieses Thema zu diskutieren. Ich habe eine Frage an Herrn Beckmann von der Landeselternkonferenz, welche konkreten Forderungen Sie hinsichtlich der – ich zitiere – „verbindlichen Einbindungen der

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29.11.2022

Eltern als Bildungspartner“ stellen, und an Herrn Holzer vom Landesjugendring die Frage, wie Sie sich die verbindliche Zusammenarbeit im Bildungsbereich vorstellen. Vielen Dank.

Zacharias Schalley (AfD): Auch von unserer Seite vielen Dank, dass Sie mit Ihrer Expertise hier zur Verfügung stehen. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Hörmann, Herrn Seifen und Frau Schneckenburger vom Städtetag. Sie sprechen sich in Ihren Stellungnahmen gegen die Ausweitung der kritischen Infrastrukturen aus. Frau Schneckenburger, Sie sprechen beispielsweise von „unlösbaren Aufgaben für die Kommunen“. Ich bitte die Sachverständigen, noch mal zu erläutern, wieso Sie gegen eine Ausweitung der Infrastruktur auf pädagogische Einrichtungen sind, und welche Folgen vor allen Dingen daraus resultieren würden, wenn man das täte. – Vielen Dank.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die erste Fragerunde. Ich würde dann in die Antwortrunde übergehen und Ihnen gemäß der vorliegenden Sachverständigenliste das Wort erteilen. Daher, Frau Schneckenburger, dürfen Sie als Erste mit der Beantwortung beginnen und mir noch einen Hinweis für die weiteren Fragerunden an die Fraktionen erlauben: Frau Schneckenburger kann heute nur bis 16:30 Uhr teilnehmen und wird bis dahin aber gerne Rede und Antwort stehen. Vielleicht sind wir bis dahin auch schon am Ende der Anhörung, aber der Hinweis sei einmal zur Zeiteinteilung für mögliche weitere Fragen gestattet.

Daniela Schneckenburger (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Ich danke für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die ich heute im Namen der drei kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen abgeben darf. In der Tat, wir haben uns – das liegt Ihnen auch schriftlich als Stellungnahme vor – gegen eine Ausweitung der Ausdehnung des Begriffes KRITIS, also kritische Infrastruktur, auf Schulen und Kindertageseinrichtungen ausgesprochen, weil wir das nicht für zielführend halten. Derzeit ist ein Dachgesetz der Bundesregierung in Vorbereitung, was sich mit dem Thema KRITIS befasst. Dort sind auch neun Sektoren identifiziert, die als kritische Infrastruktur bezeichnet werden. Wir sind nicht der Auffassung, dass ein Hinzufügen von Bildungseinrichtungen zu diesen neun Sektoren die hier zu Recht angesprochenen Probleme – das will ich ausdrücklich betonen – tatsächlich unterstützen würde.

Es gab zu Beginn der Coronapandemie eine Diskussion über die Frage, wie sich Bildungseinrichtungen sozusagen in der Pandemie aufstellen, verhalten sollen, ob eine Schließung von Bildungseinrichtungen sinnvoll, richtig und notwendig ist. Ich glaube, die entsprechenden Stellungnahmen und Gutachten von Sachverständigen zur psychischen Belastung von Kindern haben deutlich gemacht, dass die Schließungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen erheblichen Einfluss auf das psychosoziale Wohlergehen von Kindern und Familien hatten, aber auch einen erheblichen Einfluss darauf hatten, dass Bildungsrückstände zu verzeichnen sind. Die IQB-Bildungsstudie hat das deutlich gemacht.

Wenn Ihre Frage nun lautet „Was brauchen Schulen und Kindertageseinrichtungen, um krisenfest zu werden?“, so will ich das auch mit Blick auf die aktuell uns beschäftigende Lage sehr deutlich formulieren: Sie brauchen Planungssicherheit, Fachkräfte, ausreichende Finanzierung und eine schnelle Festlegung auch von Standards im offenen Ganztag. Multiprofessionelle Teams dienen dazu, Schulen zu stabilisieren, Angebote auch auf psychosozialer Ebene in Schulen hinein zu machen – ein wichtiges Instrument der vorherigen Landesregierung, das weiter ausgebaut werden muss. Insbesondere die psychosoziale Unterstützung für Familien, Kinder und Jugendliche muss ausgebaut werden.

Ich will auch deutlich darauf aufmerksam machen, dass im Bereich der Jugendhilfe – wir haben jetzt wieder steigende Zahlen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten – das therapeutische Angebot für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend ist und meines Erachtens auch einem Land mit einer ausgebauten Infrastruktur nicht angemessen ist. Die Wartezeiten von Kindern und Jugendlichen auf Therapieplätze beispielsweise bei Depressionen und Verstimmungen reichen manchmal weit über ein Jahr. Eine Aufnahme im stationären Bereich ist problematisch. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Das würde ich gerne an die Landesregierung adressieren.

Für die Schulen bedeutet das, dass wir eine ausreichende Lehrerversorgung haben müssen. Das wird eine enorme Herausforderung sein, gerade auch jetzt angesichts der gestiegenen Zuwanderungszahlen. Die Schulen sind kapazitativ am Ende. Die Schulträger sind das ebenfalls, was Räumlichkeiten angeht. Hier braucht es eine bessere Steuerung auch vonseiten des Landes.

Was die Coronafrage selbst angeht, glaube ich, dass die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zu Beginn des Schuljahres ausreichen werden, um den Betrieb der Schulen über den Winter hinweg und auch über die Coronalage hinweg zu stabilisieren. Da ist viel auf Seiten der Schulträger, auf Seiten der Schulen gelernt worden. Ich glaube, dass wir im Moment – sofern sich die Lage jetzt nicht entscheidend verändert – gut vorbereitet sind, dass aber alle anderen Fragestellungen drängende Fragestellungen sind, die einer dringenden Bearbeitung bedürfen. Soweit vielleicht von meiner Seite. – Ich danke Ihnen.

Christian Beckmann (Landeselternkonferenz NRW): Vielen Dank für die Einladung. Auch seitens der Elternschaft der Landeselternkonferenz in NRW werde ich gerne auf die gestellten Fragen eingehen. Einige der Notwendigkeiten haben wir in unserer Stellungnahme ja schon angedeutet, Frau Schneckenburger hat es ebenfalls angesprochen, die IQB-Bildungsstudie.

Letztendlich haben wir aus unserer Sicht zwei, drei Handlungsstränge. Die Schulen als kritische Infrastruktur zu sehen, halten wir für richtig, mit dem Hintergrund, dass wir aktuell handeln müssen, weil uns das ganze System auseinanderbricht. Wir sehen, dass Lehrerinnen und Lehrer wegbrechen, dass Schülerinnen und Schüler nicht da sind, dass uns perspektivisch gesehen Fachkräfte für morgen fehlen, und dass wir im

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

zweiten Punkt auch die Situation haben, dass wir dann durch den Wegfall und das Nichtunterrichten eine Betreuungsversorgung nicht sicherstellen können.

Wir haben ja durchaus die Situation, dass Erwachsene arbeiten müssen und die Unterrichtsversorgung, die Betreuung in der Schule, in der Kita gegeben sein muss. Deswegen sind wir der Auffassung, dass diese Einrichtungen zur kritischen Infrastruktur gezählt werden sollten.

Zu den Fragen von Frau Schlottmann, Herbstvorbereitung durch die Landesregierung. Wir sind in Gütersloh, um einen Aspekt herauszugreifen, schon vor der Pandemie mit der Digitalisierung angefangen und deswegen entsprechend weit. Das ist noch nicht in allen Kommunen in NRW so. Was den Gesundheitsschutz angeht, waren es die Eltern in Gütersloh, die die Luftreiniger von der Politik eingefordert und bekommen haben. Das ist auch noch nicht in allen Kommunen so. Es gibt durchaus Eltern, die in Rheine und in anderen Kommunen in NRW das vorangetrieben haben, aber die Luftreiniger sind nur ein Aspekt dessen.

Wie die Zahlen sich jetzt weiterentwickeln, wie Frau Schneckenburger schon gesagt hat, müssen wir schauen. Im Moment sehen wir, dass in vielen Kommunen und in vielen Klassen die Kinder wegbrechen. Teilweise ist nur noch die Hälfte der Kinder da, aus unterschiedlichsten Gründen. Das muss analysiert werden, dass wir da nicht noch ein weiteres Fass aufmachen.

Herr Professor Pinkwart hatte nach den notwendigen Schritten zum Aufholen und zur Absicherung gefragt, das hatte ich mir noch aufgeschrieben. Beim Aufholen, was die Thematik in den Herbstferien anging, müsste ich auch gucken, dass, wenn wir Mittel zur Verfügung stellen, um nach Corona Bildungslücken aufzuholen, die auch sinn- und sachgemäß verwendet werden. Wir haben durchaus Rückmeldungen aus dem Land bekommen, dass es Ansätze gab, Unterrichtsangebote nachzuholen, die innerhalb von vier Tagen viermal über den Haufen geworfen wurden von „das findet bei Ihnen in der Schule statt“ über „das kann online stattfinden“ bis hin zu „wir machen das auf jeden Fall online“, was gar nicht der Situation entsprach, weil dann 65 Kinder in einer Videokonferenz zusammengefasst wurden. Nach drei, vier Tagen hatte man es dann auf die Reihe gekriegt, und dann waren nur noch zwei Tage, um die Kinder entsprechend den Stoff aufholen zu lassen. Da müssen wir sehen, dass wir dort sinnvoll Maßnahmen einleiten, sodass wir noch etwas aufgeholt bekommen.

Frau Zingsheim-Zobel hatte nach den Anforderungen an Eltern als Bildungspartner gefragt. Das Schulgesetz gibt schon einiges vor. Was in der Pandemiesituation vernachlässigt wurde, war, dass man Eltern bei den akuten Entscheidungen die Entscheidung einfach abgenommen hat. Man hat sie nicht beteiligt. Krisenstäbe – wir hatten es angesprochen – mit Elternbeteiligung wären da ein sinnvolles Mittel gewesen, um dort alle Beteiligten, die sonst an Schule beteiligt sind, mit an den Tisch zu holen.

Helmut Seifen: Wenn man für kritische Infrastruktur das Merkmal „erhebliche Versorgungsengpässe“ oder „Gefährdung für die öffentliche Sicherheit“ nimmt, dann muss man natürlich feststellen, dass Schulen und Kitas nicht dazugehören. Das heißt also,

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

wenn wir eine entsetzliche Krankheit hätten, die Zehntausende von Opfern fordern würde, dann würden wir sicherlich dazu kommen, dass wir möglichst Kontakte vermeiden. Das heißt also, in diesem Zusammenhang würde es auch nichts nützen, die Schulen zur kritischen Infrastruktur zu erklären.

Wenn wir sehen, dass dieser Antrag der SPD in Zusammenhang mit den Coronamaßnahmen getroffen worden ist, dann müssen wir sagen, dass er auch an dieser Stelle nicht geeignet ist, dem zu folgen. Denn wir haben jetzt festgestellt und auch der Ethikrat hat es in den letzten Tagen noch gesagt, aber auch die Copsy-Studie, dass die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen durch die Coronaerkrankung so minimal war, dass eine Schließung einfach nicht erforderlich, nicht geeignet und nicht angemessen war. Insofern könnte man den Verdacht haben, dass dieser Antrag der SPD geeignet ist, die Erklärung der KITAS zur kritischen Infrastruktur als Vehikel zu nutzen, weitere Coronamaßnahmen durchzusetzen, ohne die KITAS schließen zu müssen. Das, denke ich, ist vor dem Hintergrund, wie die ganze Sache abgelaufen ist, nicht angemessen.

Wir müssen endlich, und damit komme ich zur Frage von Herrn Professor Pinkwart, dazu kommen, dass vor allen Dingen die jungen Leute endlich wieder sicher sein können, dass sie in ihren sozialen Bezügen bleiben können. Dazu gehört, dass wir tatsächlich, so wie das der Ethikrat jetzt begonnen hat, anfangen, alles aufzuarbeiten, was in den letzten zweieinhalb Jahren an Entscheidungen getroffen worden ist, und zwar rückhaltlos. Damit müssen keine Schuldzuweisungen verbunden sein, aber wir müssen endlich Klarheit haben, inwiefern diese Maßnahmen wirklich erforderlich, geeignet und angemessen waren.

Wir sehen jetzt an China, die eine No-Covid-Politik betreiben, dass dort – laut Presseberichten zumindest – die Ansteckungsraten in die Höhe schießen. Also kann man ja daraus schließen, dass die Kontaktvermeidungen offensichtlich nicht dazu führen, dass die Infektionen abnehmen. Das heißt also, wir müssen uns da Klarheit verschaffen. Die Schäden, die wir durch die Schließung von KITAS oder durch den Distanzunterricht angerichtet haben, sind so katastrophal, dass wir das auf keinen Fall mehr dürfen. Vor allen Dingen müssen wir darauf achten, dass diese Angstpsychosen, die ja überall noch vorhanden sind, wirklich behoben werden. Das kann man erst einmal, indem man den Menschen, den Kindern und Jugendlichen, Sicherheit verschafft, dass ihre Schulen und KITAS offenbleiben. Dann muss man vor Ort schauen, inwiefern jetzt Hilfestellungen über das normale Maß hinaus nötig sind. Das können wir hier im Landtag schlecht eruieren. Das muss vor Ort geschehen, inwiefern wir mehr Schulpsychologen, mehr Schulsozialarbeiter brauchen. Es gibt Schulen, die sind sehr gut aufgestellt, es gibt andere, bei denen das nicht der Fall ist. Das müsste dann vor Ort erledigt werden. Aber wir müssen auf jeden Fall wegkommen von dem, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren gemacht haben und die Krankheit COVID-19 so einordnen, wie sie einzuordnen ist: Eine Krankheit, die für einige Leute sehr, sehr schädlich ist, die aber Gott sei Dank in den meisten Fällen gut verläuft. – Vielen Dank.

Vorsitzender Florian Braun: Das war ein sehr langer letzter Satz. Ich darf noch mal darauf hinweisen und bitten, möglichst die drei Minuten einzuhalten.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Zu der Frage, die ja durch das Gutachten oder die BK-Stellungnahme von Herrn Karutz aufgestellt worden ist, ob man die formalen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas als KRITIS einstuft sollte, kann ich nur sagen: Das halte ich nicht für nötig und auch nicht sinnvoll.

Ich habe mir zum Beispiel mal ein Gutachten vom Aktionsrat Bildung von Bayern – ich komme ja aus Bamberg –, zum Thema „Bildung und Resilienz“ angeschaut. Zweifellos ist es wichtig, die Bildung zu fördern, die Personen, die Einrichtungen auch systemisch zu betrachten. Auch das ist alles ganz bedeutsam und unstrittig. Aber hier wird zum Beispiel deutlich, dass die Mängel, die aufgetaucht sind, die feststellbar sind, meiner Ansicht nach nicht notwendigerweise diesen Trugschluss, dass es etwa notwendig sei, rechtfertigen.

Ich möchte noch mal zurückkehren auf das, was Herr Karutz in einem Gutachten schrieb, zum Beispiel die Coronamaßnahmen seien unstrittig zum Wohle der Kinder gewesen. Das ist total falsch und verkehrt. Die waren zum Nachteil der Kinder. Das muss man deutlich sagen. Da sind inzwischen alle Experten einhellig der Meinung, die waren nicht notwendig, die waren überflüssig, die waren unangemessen, die haben mehr geschadet als genützt. Ganz klare Position.

Und wenn ich mal das Gutachten anschau hier etwa von Bayern: Die haben das differenziert gemacht, indem sie Schulformen etwa aufgearbeitet haben, frühkindliche Bildung bis zu Grundschule und so weiter. Das ist schon mal sehr viel differenzierter. Das ist der eine Punkt. Zum Zweiten würde ich sagen, das kann man nicht so pauschal machen. Es gibt zum Beispiel mehrere Stellungnahmen, die sagen: Warum wird die nonformale Bildung ausgeschlossen? Die ganze Jugendhilfe und so etwas auch. Also, es wird ein Rattenschwanz von aufgeblähten irgendwie kritischen Infrastrukturen.

Wenn man sich mal die neun Bereiche anschaut, die kritische Infrastruktur sind, sind das wirklich solche, wo die öffentliche Ordnung auch gefährdet ist. Ich kann zum Beispiel anhand des Gutachtens Bildung und Resilienz mal zeigen, was da über die frühkindliche Bildung steht. Das steht zum Beispiel Ausbau der Digitalisierung. Wenn Sie jetzt den aktuellen Bericht von Spitzer, dem Psychiater und Hirnforscher in der Nervenheilkunde lesen, in dem er klar schreibt, die größten Schäden sind entstanden durch diese frühzeitige Digitalisierung, da kann ich nur sagen: Wer solche Phrasen nachplappert, der ist einfach nicht ernst zu nehmen. Er hat mit Recht betont, dass bei diesen entsprechenden Experten der KMK zum Beispiel kein Mediziner dabei war. Das ist schon mal ganz erstaunlich. Und hier, bei diesen Coronamaßnahmen erstaunlicherweise sind Mediziner eigentlich – zumindest kritische Mediziner, die das infrage stellen – auch kaum vertreten.

Ich will deshalb nur eines sagen: Aktionsrat Bildung, der Vorsitzende Dieter Lenzen, hat mal 1988 ein Buch geschrieben „Krankheit als Erfindung“.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Florian Braun: Auch hier der Hinweis auf die Redezeit, Herr Professor Hörmann.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Da war er noch kritisch und hat selbst System gehabt. Da sind medizinische Eingriffe in die Kultur vollzogen worden, die meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt sind.

Max Holzer (Landesjugendring NRW): Wir als Jugendverbände sind sehr dankbar für den vorliegenden Antrag, denn meines Erachtens legt er den Finger in die Wunde hinsichtlich der Frage der Wertigkeit der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zu anderen Lebensbereichen, die in der Pandemie beeinträchtigt oder beschnitten worden sind, sicherlich aus guten Gründen, aber die Frage der Verhältnismäßigkeit wird durch diesen Antrag diskutiert. Dafür sind wir sehr dankbar. Während der vergangenen zwei Jahre haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die Lebenswelt von jungen Menschen zu selten und zu geringgeschätzt worden ist im Verhältnis zu anderen Dingen.

Unser Punkt ist, dass – auch da bin ich dem Antrag dankbar – Schule in dieser Beziehung nicht alles ist, ganz im Gegenteil, sondern dass für eine umfassende Würdigung dessen, was Kinder und Jugendliche brauchen, auch die Angebote der Jugendarbeit oder Jugendförderung berücksichtigt werden müssen. Das steht im Antrag als Prüfungsauftrag, das finde ich sehr wichtig. Wir haben festgestellt, dass natürlich, was auch Betreuungszeiten angeht, Schule einen ganz wichtigen Beitrag leistet, weil sie prinzipiell erst mal alle Kinder und Jugendlichen erreicht.

Wir haben aber auch sehr klar gemerkt, dass während der Pandemie – das haben wir in unserer Stellungnahme geschrieben – ohne offene Kinder- und Jugendarbeit beispielsweise viele Kinder und Jugendliche gar nicht die Möglichkeit gehabt hätten, an schulischen Angeboten, die digital erteilt wurden, teilzunehmen. Also junge Menschen, die vor geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen standen und gesagt haben, Entschuldigung, könnte ich mal euren Laptop benutzen oder euren Computer, um ins Internet zu kommen, um die Homeschoolingaufgaben runterladen zu können? – Dann haben diese Einrichtungen dankenswerterweise vielleicht die geltenden Coronaschutzmaßnahmen großzügig ausgelegt und haben diesen Kindern natürlich geholfen. Das heißt, Jugendarbeit und Schule geht nicht ohne einander.

Das führt mich dann zu der Frage, wie wir uns die verbindliche Zusammenarbeit im Bildungsbereich vorstellen. Wir finden – ich finde –, dass das noch nicht gut läuft. Jugendarbeit und Schule muss viel mehr in die Lage versetzt werden, auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten. Wir sind überzeugt davon, dass das Konzept der kommunalen Bildungslandschaften noch nicht tot ist. Darüber reden wir allerdings auch schon seit zehn Jahren, und so richtig hat es noch nicht funktioniert. Wir hoffen sehr, dass jetzt mit der Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung auch im Primarbereich noch einmal ein Impuls geschaffen werden kann; denn es ist dringend notwendig, dass wir uns mit einer klaren Zuständigkeit auf lokaler Ebene mit allen Bildungsakteur*innen, und damit meine ich explizit nicht nur Schule, sondern alle informellen

und nonformalen Bildungsträger*innen, zusammensetzen und überlegen, wie wir Bildungsbiografien für junge Menschen aus ihrer Perspektive gestalten können und nicht aus der Logik des Systems, sondern aus den Bedürfnissen von jungen Menschen heraus. So viel vielleicht zum Ersten.

Prof. Dr. Harald Karutz (MSH Medical School Hamburg, Professur für Psychosoziales Krisenmanagement): Vielen Dank für die Gelegenheit, hier etwas sagen zu dürfen. Vielleicht zunächst eine korrigierende Vorbemerkung, weil ich glaube, dass ich hier falsch zitiert worden bin. In der Studie, die wir erstellt haben, steht an keiner Stelle, dass die Schutzmaßnahmen, die durchgeführt worden sind, alle nur zum Schutz und zum Wohl der Kinder gewesen sind. Das stimmt so nicht. Das steht auch nicht in der Studie.

Wir haben in der Studie die Vulnerabilität und Kritikalität des Bildungswesens in Deutschland analysiert, haben dazu zahlreiche Studien ausgewertet. In der Tat liegen inzwischen rund 200 Studien vor, die deutlich aufzeigen, wie kritisch sich insbesondere die Schulschließungen ausgewirkt haben. Das ist Inhalt unserer Studie. Das haben wir uns sehr genau angeschaut. Wir schlussfolgern eben aufgrund der hohen Vulnerabilität und der Kritikalität des Bildungswesens, dass es insgesamt günstig und angebracht sein würde, das Bildungswesen als kritische Infrastruktur zu betrachten.

Deutlich geworden ist, wie enorm wichtig und bedeutsam eine uneingeschränkte Funktionsfähigkeit des Bildungswesens ist. Wenn man diese uneingeschränkte Funktionsfähigkeit des Bildungswesens erzielen möchte, dann würde dazu eben beitragen, das Bildungswesen als KRITIS zu betrachten.

Auch da gibt es sicher noch Diskussionspunkte, weil man im Detail noch weiter ausdifferenzieren kann und muss, welche einzelnen Prozesse im Bildungswesen denn jetzt tatsächlich die kritischen sind. Da besteht sicher noch weiterer Forschungsbedarf. Wir haben in anderen KRITIS-Sektoren und Branchen sogenannte Schwellenwerte, ab denen dann entschieden wird, dass es sich ab nun um einen kritischen Bereich handelt. Diese Schwellenwerte beispielsweise fehlen in Bildungswesen. Die haben wir einfach bisher nicht. Die sind auch schwer zu fassen, weil man schlecht sagen kann, ab wann denn jetzt der Schulausfall problematisch ist. Nach einer Woche? Nach zwei Wochen? Nach einem Monat? Ist der Matheunterrichtsausfall schlimmer als der Englischunterrichtsausfall? Ist es schlimmer, wenn die Mensa nicht geöffnet hat, als wenn der Schulsozialarbeiter nicht verfügbar ist? Das sind Fragen, die man sich im Detail anschauen muss.

Aber, gerade weil diese Fragen so sehr schwer zu beantworten und auszdifferenzieren sind, kommen wir in unserer Studie zu dem Gesamtergebnis, dass es klug ist, das Bildungswesen als KRITIS zu betrachten.

Man kann auch eine Reihe von Analogien ziehen. Wenn wir uns auf andere Sektoren zum Beispiel fokussieren, dann wird ja beispielsweise der Sektor Kultur sehr wohl benannt. Wenn das KRITIS ist, dann muss schon die Frage gestellt werden, warum denn dann Bildung nicht. Das zur Gesamteinschätzung aus unserer Studie.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29.11.2022

Zu der Frage danach, was jetzt getan werden kann, um die Krisenfestigkeit des Bildungswesens zu erhöhen, haben wir insgesamt zehn Punkte formuliert, die aus unserer Sicht wichtig wären. Ich will auch betonen, dass sich unsere Studie ja gar nicht ausschließlich auf die Pandemie bezogen hat, sondern dass wir insgesamt die Funktionsfähigkeit des Bildungswesens betrachtet haben, auch im Hinblick auf andere zu befürchtende Gefahren- und Schadenslagen. Wir brauchen ja nur ins Ahrtal zu schauen, wo wir eine großflächige Naturkatastrophe beispielsweise haben, die auch das Bildungswesen betreffen kann. Wir haben insgesamt zehn Punkte identifiziert. Einige sind auch in den anderen Stellungnahmen genannt worden, denen ich da absolut zustimmen kann.

Ein ganz wesentlicher Punkt ist sicherlich das Personal, nicht nur die Menge an verfügbarem Personal, an Lehrkräften in der Schule, sondern insbesondere der Bereich der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie, was deutlich gestärkt werden muss. Es geht aber auch um die persönliche Krisenfestigkeit der einzelnen Lehrkräfte, es geht darum, dass die Lehrkräfte selbst in der Lage sein müssen, mit Krisen umzugehen, auf Krisen zu reagieren und viele, viele weitere Punkte.

Ich sehe, dass Sie auf die Uhr gucken, deswegen komme ich zum Ende. Die übrigen Punkte sind in der Stellungnahme und natürlich in unserer Studie ausführlich benannt. – Vielen Dank.

Vorsitzender Florian Braun: Ich gehe davon aus, dass sich weitere Nachfragen ergeben. Daher wird es auch weitere Möglichkeiten zur Stellungnahme geben.

Kathrin Stolzenburg (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe): Zuerst einmal herzlichen Dank, dass ich eingeladen wurde. Das ist mein erstes Mal im Landtag, und dann auch gleich noch zu so einem bedeutsamen Thema. Ich bin sehr stolz, dass ich dabei sein darf, und bin vielleicht auch noch ein bisschen aufgereg.

Es schließt sich die erste Frage an: Sie haben jetzt noch nicht direkt bei mir nachgehakt, deswegen erlaube ich mir, hypothetische Fragen selbst zu beantworten. Seit über zehn Jahren arbeite ich im Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Das ist dieses Amt im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums, das die Studie von Professor Karutz et al. beauftragt hat. Aus meinen Daten geht es nicht hervor, aber ich habe ca. zehn Jahre im Bereich Schutz kritischer Infrastrukturen gearbeitet, da schwerpunktmäßig zu einem Thema, das sich „Identifizierung KRITIS“ nennt. Das heißt, aus dem Bereich des BBK war ich am damaligen BSI-Gesetz, also diesem IT-Sicherheitsgesetz und der Verordnung, das auf den Weg zu bringen, beteiligt. Ich habe an unserem Identifizierungskatalog etc. mitgewirkt, bin dann rechtzeitig mit Corona an die Bundesakademie – das ist Fortbildung für Erwachsene – gewechselt und durfte mich auch da mit einigen Handlungsfeldern auseinandersetzen – Corona zum Beispiel, Digitalisierung.

Ich hoffe, Sie stellen mir noch ein, zwei Fragen. Aber ich erlaube mir, die kurze Redezeit noch einmal zu nehmen. Wir hatten ja schon Literaturempfehlungen vom Aktionsrat Bildung. Das hatte ich Ihnen auch in meine Stellungnahme geschrieben. „Resilienz und Bildung“ ist wirklich aus meiner Perspektive hervorragend recherchiert. Wer es als

Belletristik mag, der kann sich auch Herrn Schramm anhören, den gibt es als Hörbuch. Letztendlich, was aber von allen Expertinnen und weiteren hervorgehoben wird, ist noch die Kooperation mit relevanten Partnern. Das kam, fand ich, auch bei Frau Schneckenburger heraus, wenn man jetzt mal die Kommune als Dach nimmt, aber auch von dem Elternvertreter, von den Verbänden und vom Landesjugendring wurde es aufgegriffen. Wenn Sie noch mal in die Krise gehen und Krisenpläne erstellen müssen, dann denken Sie doch an diese Akteure und auch an weitere. Zumindest aus den Gutachten, die ich gelesen habe, konnte man noch ein bisschen was herausholen. – Danke schön.

Marie-Florence Geerlings (Geschwister-Scholl-Schule, Neuss [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank, dass ich hier Stellung nehmen darf. Ich würde ganz gerne auf die Frage eingehen, die sich mit dem Handlungskonzept Corona vom Ministerium befasst. Ich bin Schulleiterin einer Schule, für die, die es vielleicht jetzt nicht wissen und mich einzuordnen versuchen. Allen Schulen wurde ein umfassendes Handlungskonzept mit einem Begleiterlass zur Verfügung gestellt. Mir wurde eben die Frage gestellt, wie ich das bewerten würde oder wie hilfreich ich es empfunden habe. Dieses Handlungskonzept von Sommer 2022 – meiner Meinung nach wurde es sehr früh zur Verfügung gestellt, um auf den Herbst vorzubereiten – bietet viele Lösungsvarianten und Verlässlichkeiten im Umgang mit der aktuellen Pandemiesituation und war und ist immer noch meines Erachtens ein sehr aufschlussreiches und hilfreiches Paper, um die einzelnen Szenarien in der Pandemiesituation bewerten zu können.

Ich gehe gleich kurz darauf ein. Zunächst einmal habe ich sehr früh meinem Kollegium in Konferenzen und auch meiner Schulpflegschaft dieses Handlungskonzept vorgestellt, die Elternbriefe und auch Schülerbriefe, die als Musteranschreiben vom Ministerium zur Verfügung gestellt worden sind, in denen alles zusammengefasst worden ist, habe ich auch zur Verfügung gestellt, um Information und Transparenz zu geben. Aber in meiner Stellungnahme habe ich ja das Handlungskonzept sehr gerafft und zusammengefasst. Das möchte ich jetzt hier nicht vorlesen. Ich möchte nur einige Stichworte nennen, die das Ganze ein bisschen besser beschreiben.

Das sind Stichworte wie eigenverantwortlicher Umgang. Es soll sehr viel Wert auf diesen eigenverantwortlichen Umgang gelegt werden. Bin ich selber in Kontakt mit einem Infizierten getreten? Habe ich Symptome? Zeige ich die auch? Kann ich mich zuhause testen und kann ich diesen negativen Test dann auch vorweisen? Es ist auch vorgesehen, dass Lehrkräfte selber entscheiden dürfen, ob anlassbezogen getestet wird.

Das wäre das nächste Stichwort: anlassbezogenes Testen. Ein Schwerpunkt soll auf bewährte Infektionsschutzmaßnahmen gelegt werden und auf Erfahrungen der Schulen mit bewährten Corona-Infektionsschutzmaßnahmen. Das wäre zum Beispiel die Hygieneregeln, die jede Schule geschrieben hat, die AHA-Regel und natürlich auch so was wie veränderte Pausenkonzepte. Das war bei uns der Fall, dass wir ein Pausenkonzept geschrieben haben, was wir jetzt zum Winter hin wieder hervorholen und auch dementsprechend umsetzen, wo dann die Schüler ein bisschen getrennt voneinander in die Pausen gehen können.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29.11.2022

Dann sollen natürlich – und das ist auch eines der wichtigsten Themen dort – parallel vorsorglich alle Anwendungen für den Distanzunterricht installiert werden. Das wären diese drei LOGINEO-Tools, die vom Ministerium zur Verfügung gestellt worden sind und mit dem sehr viele Schulen arbeiten. Für die Schüler ist es hauptsächlich LOGINEO LMS. LOGINEO NRW gibt es ja noch und LOGINEO Messenger. Das sind ja drei verschiedene Tools, die wir alle nutzen. Da sollte natürlich dementsprechend mit den Kindern regelmäßig das Einloggen und der Umgang mit diesem Tool geübt werden.

Wie ich eben schon gesagt habe, die Lehrkräfte können natürlich auch anlassbezogenes Testen mitentscheiden. Die Tests sind sehr unkompliziert zu beschaffen. Da ist nur ein Klick und man kann dann so viele Tests, wie man benötigt, bestellen. Die sind am nächsten Tag sofort da. Es stehen Ansprechpartner in den Bezirksregierungen für Coronafragen und Coronabeauftragte im Schulamt zur Verfügung. Die Verlängerung des Aktionsprogramms wird im Handlungskonzept noch einmal dargelegt, wie beispielsweise jetzt Extrageld mit dem Bildungsgutschein, sodass jede Schule dementsprechend Bildungsgutscheine zur Verfügung gestellt bekommt und diese dann an die Hand geben kann.

Vorsitzender Florian Braun: Ich darf mir auch hier einen Hinweis auf die Redezeit erlauben.

Marie-Florence Geerlings (Geschwister-Scholl-Schule, Neuss [per Video zugeschaltet]): Dann gab es noch diese personelle Ressourcenerweiterung, um den Distanzunterricht zu vermeiden. Das könnte man auch in der Stellungnahme nachlesen.

Um zu meinem letzten Satz zu kommen: Der Distanzunterricht sollte im Hintergrund sein. Der Präsenzunterricht sollte Vorrang haben und sollte im Blick behalten werden. Um das zu vermeiden, gibt es auch eine Reihe von Möglichkeiten. – Vielen Dank.

Prof.'in Dr. Sabine Walper (Deutsches Jugendinstitut [per Video zugeschaltet]): Ich freue mich wirklich sehr, dass wir über dieses Thema sprechen, weil die Coronapandemie an allen Fronten gezeigt hat, wie stark die Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Zuge der Coronamaßnahmen gewesen sind. Nicht nur das Virus selber hat Ängste ausgelöst und Kinder mit Verlusterfahrungen in der Familie konfrontiert, sondern auch die Kontaktbeschränkungen, die passiert sind, auf die Schulen und Kitas viel zu wenig vorbereitet waren, wurden als belastend empfunden.

Wir sehen auch in den diversen Daten, dass die Vorstellungen, dass jüngere Kinder noch gar nicht so sehr auf den Kontakt zu ihrer Betreuungseinrichtung angewiesen sind, ein Irrglaube war, der aber zum Teil das Handeln angeleitet hat. Insofern sprechen wir uns dafür aus, die Kindertagesbetreuung, die Schulen, auch die Förderschulen zur kritischen Infrastruktur zu erklären und raten auch sehr an, den Berufsbildungsbereich mit in den Blick zu nehmen, weil auch da nicht alles so gelaufen ist, wie es hätte sein sollen.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir wissen, dass auch Studierende sehr stark dadurch belastet waren, dass sie nicht mehr in der Präsenz miteinander interagieren konnten, und die technischen Möglichkeiten für Videokonferenzen, auch das Eingeeübtsein entsprechend der Praxis, auf allen Seiten einfach gefehlt hat. Das, denke ich, wären entscheidende Schritte, wenn man das Bildungssystem zur kritischen Infrastruktur erklärt. Übrigens, da gehe ich ganz mit Herrn Holzer konform: Ich denke auch, die Kinder- und Jugendhilfe spielt wirklich eine entscheidende Rolle als Ergänzung zu dem, was Schule bietet und was Familien so mit übernehmen.

Die Anforderungen, die sich bei einem solchen Schritt stellen, sind ja vor allen Dingen auch eingeübte Praxis, die einen Umstellplan umfassen, was denn wann passieren soll, wenn man tatsächlich nicht mehr in der Präsenz miteinander lernen kann. Wir müssen aber auch überlegen: Wo können wir denn in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen Präsenzunterricht aufrechterhalten? Mit Blick auf das, wie Lernen in der Kindheit funktioniert, muss das der präferierte Modus sein, bei dem es wichtig ist hinzuschauen und zu hinterfragen, wie das ermöglicht werden kann. Die Corona-Kita-Studie, die das für die Kinderbetreuung genauer untersucht hat, hat superwichtige Hinweise darauf geliefert, welche Hygienemaßnahmen überhaupt helfen und in welchen Gruppen Infektionsrisiken erhöht sind. Von daher glaube ich, dass es für das Schulsystem wirklich hilfreich gewesen wäre, etwas Ähnliches zu haben.

Wie gesagt, die zentralen Empfehlungen in diesem Sinne richten sich vor allen Dingen auf einen Ausbau der Stabilisierung der Digitalisierung im Bildungssystem. Auch die Vermittlung entsprechender Kompetenzen seitens der Lehrkräfte der Kinder, aber auch die multiprofessionellen Teams, die ja schon angesprochen worden sind, müssten verbessert werden. Gesundheitsfachkräfte an Schulen wären sicherlich eine ganz wichtige Berufsgruppe, die zusätzlich neben Schulsozialarbeit zur Unterstützung hätte beitragen können. – Ich glaube, meine drei Minuten sind auch schon um.

Vorsitzender Florian Braun: Das ist korrekt, aber den letzten Satz wollte ich Ihnen nicht vorenthalten. Damit haben wir die erste Antwortrunde vollzogen, und ich darf nach weiteren Fragen Ausschau halten.

Dilek Engin (SPD): Meine Frage richtet sich an Professor Dr. Karutz, an Frau Stolzenburg und an Frau Walper. Herr Karutz, Sie sprechen ja in Ihrem Gutachten davon, dass das Bildungssystem nicht nur in Krisenzeiten geschützt werden muss, sondern es muss auch als Potenzial für die Bewältigung kollektiver Krisen genutzt werden können. Könnten Sie das näher erläutern? Ich bitte auch um Erläuterungen von Frau Stolzenburg und Frau Walper.

Zacharias Schalley (AfD): Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Hörmann, Herrn Seifen und Frau Professorin Walper. Sie sprechen in Ihren Stellungnahmen die kürzlich veröffentlichte Corona-Kita-Studie an, die wichtige Erkenntnisse zum Infektionsgeschehen in Kitas geliefert hat. Welche Lehren kann man denn aus den Erkenntnissen dieser Studie für mögliche zukünftige Maßnahmen ziehen?

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich würde gerne noch mal nachfragen wollen mit Blick auf die Zielsetzung „kritische Infrastruktur“. Ich habe das so verstanden, dass es zum einen darum geht, die Bedeutung von Schule, Kindergarten für die Kinder hervorzuheben, dass man das nur unter ganz außerordentlichen Bedingungen einschränken darf, weil es kritisch ist.

Mich würde aber auch interessieren, was es denn zur Folge für die Bewältigung einer Pandemie, wie wir sie erlebt haben, hätte, wenn wir diesen Bereich zur kritischen Infrastruktur erklärten. Wir sollen unsere Fragen auf maximal drei Sachverständige beschränken, aber ich würde zu der letzten Frage sagen: To whom it may concern. Wer also hierzu etwas aus der Sachverständigenrunde beitragen kann, weil wir darauf bislang nicht so stark eingegangen sind, den möchte ich bitten, es zu tun.

Vorsitzender Florian Braun: Herr Professor Pinkwart, vielleicht haben Sie jetzt eben schon per Augenkontakt signalisiert bekommen, wer sich in besonderem Maße dazu berufen fühlt, zu antworten. Deshalb möchte ich Sie doch darum bitten ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Also machen wir es einfach. Vielleicht könnten Frau Walper, Frau Schneckenburger aus Sicht der Kommunen und Herr Professor Karutz noch etwas dazu sagen, bitte.

Jens Kamieth (CDU): Ich würde Fragen stellen an Max Holzer und an Frau Schneckenburger, und zwar zumindest soweit sie es beantworten kann. Mich interessiert nämlich die Frage, wie die Jugendarbeit in der Pandemie bisher gelaufen ist und, Teilfrage sozusagen noch an Max Holzer, wie denn die Idee eines Aktionsplanes für Jugendbeteiligung da weiterhelfen kann.

Norika Creuzmann (GRÜNE): Meine Frage richtet sich zum einen an Frau Schneckenburger. Sie sprechen ja von multiprofessionellen Teams. Das ist ja im Moment so ein bisschen – oder es fühlt sich so an – als wenn das die Lösung oder das Allheilmittel für viele Dinge ist. Wie sollte Ihrer Meinung nach so ein Team konzipiert sein?

Die andere Frage an Herrn Holzer hat Herr Kamieth gerade auch schon ähnlich gestellt: Jugendbeteiligung, wie soll die aussehen? Dazu hatte Frau Walper in ihrer Stellungnahme auch geschrieben, dass die Jugendbeteiligung oder das Ehrenamt in den Hots und in den ganzen Einrichtungen abgenommen hat. Wie wollen Sie da die Kurve kriegen?

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Fragen. Ich erlaube mir zumindest für zukünftige Runden noch mal den Hinweis, dass wir versuchen, uns auf eine Frage pro Fragerunde zu konzentrieren. Keine Sorge, ich lasse auch so viele Fragerunden zu, bis Sie sich alle ausgefragt haben, zumindest soweit die Zeit das dann noch erlaubt. Aber ich denke, da haben wir noch einiges an Potenzial.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Daniela Schneckenburger (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Es waren, glaube ich, drei Fragen. Ich will versuchen, die in der zur Verfügung stehenden Zeit zu beantworten.

Herr Pinkwart, Sie haben gefragt: Was wäre eigentlich die Konsequenz, wenn Schule KRITIS gewesen wäre? Als Mitglied eines damaligen kommunalen Krisenstabes kann ich das nur so beantworten, dass selbstverständlich die Funktionsfähigkeit von KRITIS sichergestellt werden musste, weil sie das Funktionsrückgrat einer Gesellschaft bedeutet. Und insofern hätte man in meiner Ableitung dann, wäre Schule oder Kindertageseinrichtung auch KRITIS gewesen, sie vollständig geöffnet halten müssen. Ob das im Sinne der Pandemie und der Pandemiebekämpfung gewesen wäre, ob das im Sinne der Eltern gewesen wäre, der Lehrerinnen und Lehrer, das vermag ich nicht zu beantworten. Das ist ja ein Problem bei einem übertragbaren Virus, das auf eine größere Gruppe von Menschen trifft. Ich möchte auch noch mal in Erinnerung rufen, dass unsere Kenntnisse über die Funktionsweise dieses Virus ja gewachsen sind. Also ich erinnere mich sehr gut an diesen März 2020 und das Nichtwissen, das ja auch staatliches kommunales Handeln dann jeweils geprägt hat.

Das heißt im Umkehrschluss für mich nicht, dass wir heute nicht anders erkennen, dass pädagogische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, auch für Eltern, auch unter Betreuungsgesichtspunkten übrigens in sekundärer abgeleiteter Weise für KRITIS eine enorm wichtige Funktion haben, aber auch für die psychosoziale Versorgung und den Bildungsauftrag, den wir haben. Die Entscheidung darüber, ob eine Kindertageseinrichtung, eine Schule in den Distanzunterricht, in den Distanzbetrieb geht, heute oder zu einem anderen, früheren Zeitpunkt vielleicht eine anders abgewogene Entscheidung wäre. Aber das ist Wissen von heute, ex post, über die Funktionsweise dieses Virus. Insofern war die Lage natürlich ausgesprochen schwierig.

Was ist in der Jugendarbeit gelaufen, Herr Kamieth, haben Sie gefragt. Das ist, glaube ich, ein ganz großes Problem in den Kommunen gewesen, weil die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit schließen mussten. Das sind unsere Kontaktbörsen zu Kindern, die uns brauchen, zu Kindern in schwierigen Sozialquartieren und zu Familien, die wir erreichen wollten. Das war ein ganz eklatanter Bruch in das Ziel hinein, Gesellschaft zusammenzuhalten, soziale Gerechtigkeit auch in dieser Pandemiesituation mit zu ermöglichen. Ich denke, es ist auch eine Situation, das müssen Sie vielleicht noch mal beurteilen, Herr Holzer, die bis heute nicht so ganz aufgeholt worden ist.

Multiprofessionelle Teams – nun ja. Es gibt sozusagen multiprofessionelle Teams erster und zweiter Ordnung, würde ich jetzt einfach mal definieren. Gemeint ist natürlich zunächst das Zusammenwirken von unterschiedlichen Professionen in Schule, um Schule als Sozialsystem, auch als psychosoziales System und nicht nur als Bildungseinrichtung zu verstehen und diese Schnittstelle zu Eltern und zur Stadtgesellschaft auch bedienen zu können. Insofern ist es ein wichtiger Schritt gewesen, anzuerkennen, dass Schule ein Mehr sein muss als ein Bildungsangebot.

Wenn ich von zweiter Ordnung spreche, dann glaube ich – da bin ich bei Herrn Holzer –, dass das Thema „kommunale Bildungslandschaften“ zu wenig ausgeleuchtet wurde,

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

dass insbesondere die Rolle von Stadtgesellschaft, Jugendhilfe, Ehrenamtlichkeit, Professionalität in einer Stadtverwaltung zu wenig beachtet wurde und dass das sozusagen der zweite Ring von Multiprofessionalität um eine Schule herum sein muss.

Das kann man noch besser organisieren, als es heute der Fall ist. Wir sind als Kommunen jederzeit bereit dazu. Es wäre auch sinnvoll, das besser aufzustellen, weil ich meine, dass es Schule nicht mehr allein gelingen kann, verschiedene Fragestellungen, die sich in ihr bündeln, in angemessener Weise zu bearbeiten, auch nicht unter dem Einsatz von multiprofessionellen Teams. Insofern würde ich dafür werben, das Thema „kommunale Bildungslandschaften“ gerade in der Verzahnung von Jugendhilfe und Schule auch intensiver zu betrachten.

Helmut Seifen: Welche Lehren können wir aus der Kita-Studie ziehen? Die Kita-Studie zeigt uns heute Ergebnisse, die tatsächlich auch schon von etlichen Wissenschaftlern und von wenigen Politikern bundesweit, aber auch hier in Nordrhein-Westfalen, bereits im Mai und Juni 2020 geäußert worden sind. Es ist also nicht so, dass wir erst jetzt sozusagen in den letzten drei Wochen diese Erkenntnisse hatten. Im Laufe des Jahres 2020 bereits, aber 2021 dann in besonderer Weise vor allen Dingen dann, als die anlasslosen Massentests in den Schulen durchgeführt worden sind, wurde deutlich, dass glücklicherweise und Gott sei Dank die Betroffenheit von Schülerinnen und Schülern durch dieses Virus ganz gering war. Das heißt, man hätte also da schon im Grunde genommen handeln können.

Was wir jetzt daraus erkennen können, ist Folgendes. Es war ja eine sehr aufgewühlte Stimmung. Es ist ja zum Teil zu Gegnerschaften gekommen, die ich mir so nicht habe vorstellen können, dass es, wenn es um eine Krankheit geht, nicht Sorgfalt und kühle Verstandesarbeit eine Rolle spielte, sondern doch Verunglimpfung von allen möglichen Seiten gegeneinander. Also das ist vielleicht eine Lehre, die wir ziehen müssen, dass wir nüchtern schauen müssen: Was ist wirklich erforderlich, was ist wirklich geeignet und was ist wirklich angemessen? Es ist unbedingt notwendig, dass wir daraus die Lehre ziehen.

Zweitens. Wir dürfen uns jetzt nicht durch einen logischen Fehlschluss verleiten lassen. Ich denke, wir sind uns hier in der Runde alle einig, dass alle Bildungseinrichtungen und Jugendeinrichtungen und was es da immer für Kinder, für ihre soziale Entwicklung, für ihre kognitive Persönlichkeitsentwicklung und so weiter gibt, unglaublich wichtig sind. Das weiß jetzt jeder, das muss ich nicht näher beschreiben.

Das andere ist aber, ob man sie zur kritischen Infrastruktur erklärt. Denn wenn man sie zur kritischen Infrastruktur erklärt, müssten sie auch offenbleiben, wenn wir tatsächlich mit einer regelrechten Seuche zu tun hätten, die Zehntausende von Opfern kostete. Denn dann müssten die auch offenbleiben, genauso wie alle Bereiche offenbleiben müssten, bei denen es um Versorgung der Bevölkerung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geht. Das kann es aber doch nicht sein.

Das heißt, der Antrag, der hier von der SPD vorliegt, bezieht sich doch offensichtlich auf die Coronamaßnahmen und auf das ganze Coronaszenario. Da befürchte ich, dass

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

hier mit diesem Antrag möglicherweise, wenn auch jetzt vom Antragsteller nicht gewollt, aber doch irgendwie möglich gemacht wird, dass jetzt die Coronamaßnahmen unter Beibehaltung der Öffnung der Kitas und Schulen durchgeführt werden, aber dann wieder das Maskentragen eine Rolle spielt.

Das ist die Antwort an Herrn Pinkwart: Maskentragen, dass möglicherweise wieder anlasslose Testungen durchgeführt werden, möglicherweise sogar eine Impfpflicht für das Personal– vielleicht sogar für Schüler ab 16 – eingeführt wird. Ich sage es ganz ehrlich, nach den Erfahrungen, die ich in den letzten zwei, drei Jahren gemacht habe, Erfahrungen, die ich nicht für möglich gehalten habe, dass wir dann, wenn wir das hier so durchwinken würden – oder das Parlament das hier so durchwinken würde – der Exekutive und dem Parlament Möglichkeiten, die ich mir nicht ausdenken möchte, geben werden.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich kann das von meinem Vorredner nur massiv unterstützen. Es wird hier behauptet, es seien am Anfang Erkenntnislücken da gewesen. Das ist einfach schlichtweg falsch. Die Corona-Inszenierung, die stattgefunden hat, war beispiellos. Das war in der medizinischen Geschichte ein Skandal sondergleichen. Es war von Anfang an bekannt, dass es kein Killervirus ist. Das haben Experten, Epidemiologen, Virologen klargestellt. Es gab eine vorherrschende Richtung.

Der Hofvirologe Drosten, der das behauptet hat, der Regierungs-Hofvirologe war ... Also ich kann nur sagen, wenn der behauptet, das sei nicht bekannt gewesen, dass natürlich das für ältere Menschen durchaus gefährlich sein kann – das ist ja unbestritten –, jede Grippeerkrankung kann auch Todesfälle verursachen. Das war alles bekannt. Und insofern zu behaupten, das war mangelnde Kenntnis, das ist nicht wahr.

Die Leute, die das von vornherein betont haben, sind diskriminiert worden, ausgegrenzt, verunglimpft worden in übelster Art und Weise. Es sind Spannungen aufgezeigt worden, Sie sehen ja, alle Kritiker ...

Vorsitzender Florian Braun: Herr Professor Hörmann. Sie dürfen sagen, was auch immer Sie hier heute beitragen wollen, aber vielleicht können wir den Blick etwas weiter nach vorne richten.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich würde nur einen Punkt noch sagen und aus dem Paper von Frau Stolzenburg zitieren, nur als Stichpunkt, sie schreibt das selber. Ein Satz: Alle kritischen Infrastrukturen sind demnach systemrelevant, aber nicht alle systemrelevanten Einrichtungen sind kritische Infrastruktur.

Der Satz ist für mich Paradebeispiel, der ist klassisch. Und wenn vorher genannt worden ist, etwa ein Arbeitsbereich Medien und Kultur, da können wir die Bildung reinfassen – schauen Sie sich doch an, was da drinsteht. Das sind Kulturdenkmäler, die dort genannt sind. Sie können mir das bestätigen, wahrscheinlich. Da gibt es neun Bereiche,

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

ich habe mir das mal angeschaut, welche kritische Infrastruktur sind. Da habe ich auch gedacht, Kultur, das wäre ja für Bildung naheliegend. Das sind Kulturdenkmäler, die zerstört worden sind, irreversibel, und davor muss man die entsprechend schützen.

Das dazu, und von da denke ich mir, was hier manchmal so dargestellt wird, auch diese ganze Darstellung ... Von einem medizinischen Standpunkt aus sind das alles Mythen.

(Zwischenrufe – Unruhe – Zuruf einer Zuhörer:in: Können Sie mal bitte ruhig sein? Ich höre den Experten nicht!)

Vielleicht müssten Sie einfach auch Mediziner nicht nur in einer bestimmten Richtung hören. Ich habe es ja erwähnt, einige Beispiele auch genannt. Es ist natürlich unstrittig, dass die Maßnahmen katastrophal waren und dass wir künftig keine Schulschließungen mehr haben dürfen, da sind wir uns doch alle einig. Das ist doch unstrittig.

In Baden-Württemberg gibt es freie Wohlfahrtsverbände. Die haben gesagt, das muss auf jeden Fall verhindert werden. Das ist doch unstrittig. Aber dafür brauchen wir keine kritischen Infrastrukturen, um zu sagen, die sind notwendig. Das ist eine Lehre der Erfahrungen auch der Kita-Studie. Die Transmissionen im Feld waren von Anfang an nicht gegeben. Das war eine Behauptung, der Schweregrad der Erkrankung war auch nicht da. Das war alles bekannt seit Anfang an. Da war nur stillschweigend von Behauptungen mit „Killervirus“ und sowas alles die Rede, die alle Bevölkerungsschichten betrifft, das ist einfach absurd, die Behauptung.

Vorsitzender Florian Braun: Ich darf einmal freundlich, aber doch sehr bestimmt, darauf hinweisen, insbesondere an externe Gäste und Zuhörer, dass hier ausschließlich den anwesenden Sachverständigen und den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen Rederecht obliegt. Alle anderen sind dazu eingeladen, gerne zuzuhören, aber ansonsten sich bitte still zu verhalten. Sonst müssten wir den Saaldienst zur Unterstützung rufen, und das wollen wir sicherlich heute alle möglichst vermeiden. Das war der freundliche Hinweis.

Max Holzer (Landesjugendring NRW): Der Diskursraum nötigt mich dazu, vielleicht zu Beginn noch mal zu sagen, dass auch wir und viele andere freie Träger während der Pandemie gefordert haben, bestimmte Einrichtungen offenzuhalten, dass aber niemand von uns jemals bestritten hätte, dass diese Pandemie eine große Gefahr auch für Kinder und Jugendliche und die Allgemeinheit beinhaltet.

Das schließt dann an die Frage, die mir gestellt worden ist, an, nämlich wie denn Jugendarbeit in der Pandemie gelaufen ist. Ich würde sagen im Rahmen des Möglichen: höchst verantwortungsbewusst. Ich glaube, zu der Frage nach kritischer Infrastruktur muss ich noch mal kurz auf die Besonderheit von Jugendarbeit und insbesondere der Jugendverbandsarbeit, die ich hier vertrete, hinweisen. Das ist nämlich selbstorganisierte Jugendarbeit, und die Träger dieser Jugendarbeit, das heißt die Verantwortlichen vor Ort, die Ehrenamtliche sind, sind gleichzeitig auch immer Zielgruppe. Das sind nämlich in den allermeisten Fällen Ehrenamtliche unter 27 Jahren und damit im

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Grunde Zielgruppe des SGB VIII. Das bedeutet auch, dass ganz unabhängig von der Frage, was zu diesem Zeitpunkt für Kinder und Jugendliche notwendig ist – auch das ist in der Frage angeklungen –, wir jetzt durch die Schließungen damit konfrontiert sind, dass die Landschaft erodiert ist.

Das heißt, wir haben zwei Jahrgänge an ehrenamtlichen jungen Menschen verloren, die nicht die Erfahrung gemacht haben im Sommerlager älter zu werden und quasi vom Teilnehmer, vom Gruppenkind dann irgendwann in den scherzhaft genannten „erlauchten Kreis“ der Leitungsrunde aufzusteigen und Verantwortung zu übernehmen.

Diese Migration von Verantwortung war in den letzten zwei Jahren nicht möglich. Mit den Folgen haben wir zu kämpfen. Das ist noch nicht absehbar. Im letzten Jahr sind die Ferienfreizeiten und die Sommermaßnahmen in ihrer Anzahl schon wieder gestiegen, sind aber noch lange nicht auf dem vorpandemischen Niveau angekommen. Wie es mit diesem Jahr aussieht, wissen wir, sobald die Abrechnungen eintrudeln. Wir sind sehr gespannt und können noch nicht genau auswerten, wie die Landschaft wieder aussieht.

Noch mal konkreter zu der Frage „Wie ist Jugendarbeit in der Pandemie gelaufen?“: Sehr kreativ, würde ich sagen, und im Rahmen des Möglichen sehr verantwortungsbewusst. Es ist viel auf digitale Jugendarbeit umgeschwenkt worden. Aber wir merken auch, das kann das, was Frau Schneckenburger gerade gesagt hat, nicht ersetzen, nämlich die Kontaktstelle für junge Menschen zu sein, um zum Beispiel auch stärkere Gefährdungen zu identifizieren und sie von der Jugendarbeit in die anderen Einrichtungen der Jugendhilfe weiterzugeben. Das ist sehr schwierig.

Dazu kommt – auch das ist ja im vorliegenden Antrag benannt – die Frage nach digitaler Infrastruktur, also wie viele junge Menschen über digitale Endgeräte verfügen. Das sind sicher sehr viele, aber vor allem nicht diejenigen, die aus Familien kommen, die von Armut betroffen sind. Mit dem Endgerät allein ist es noch nicht getan. Dazu braucht es dann Datenvolumen, meistens kostenpflichtigen Internetzugang. Auch das ist bei Familien, die von Armut betroffen sind, einfach häufig nicht der Fall. Insofern müsste man diese Diskussion auch noch um kostenlose Hotspots und öffentlichen Internetzugang etc. erweitern.

Eine Frage, die, finde ich, dann wieder sehr konstruktiv nach vorne geht, welche Ideen oder Anforderungen wir an den in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ haben. Darüber freuen wir uns tatsächlich sehr, und wir erwarten Großes, sage ich mal so. Es steht ja glücklicherweise drin, dass dieser Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ partizipativ mit jungen Menschen und ihren Vertretungen entwickelt werden soll. Insofern will auch ich mir gar nicht anmaßen, jetzt schon zu sagen, was das alles enthalten muss.

Aber für uns muss klar sein, dass dieser Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ auf zwei Ebenen greifen muss. Auf der einen Seite muss er die direkten Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen stärken. Da haben wir vor allen Dingen die Kommunen im Blick, denn das ist der Ort, wo junge Menschen Beteiligung erfahren und politisches Wirken hautnah erleben können.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Auf der anderen Seite muss es endlich gelingen, das Reden von eigenständiger einmischender Jugendpolitik so konkret zu machen, dass Jugend als Querschnitt in allen politischen Ressorts behandelt wird, also dass Fragen von Jugendbeteiligung nicht immer nur im Ausschuss 04 behandelt werden, im Kinder-, Jugend- und Familienausschuss, sondern eben in allen Ausschüssen. Denn wenn ich junge Menschen frage: „Was ist dir wichtig?“, dann sagen die sehr selten „der Kinder- und Jugendförderplan des Landes“, sondern dass ich meine Freundinnen und Freunde treffen kann, zum Beispiel auch dann, wenn eine Pandemie herrscht und es Möglichkeiten gibt, das sicher und möglichst infektionsarm zu ermöglichen.

Prof. Dr. Harald Karutz (MSH Medical School Hamburg, Professur für Psychosoziales Krisenmanagement): Ich komme zunächst auf die Frage von Herrn Professor Pinkwart zurück, die lautete: Was haben wir davon, wenn das Bildungswesen eine kritische Infrastruktur wäre? – Ich will das mal zugespitzt so formulieren. Das, was passiert ist, wäre in der Form nicht passiert. Die Schulen wären nicht geschlossen worden einfach so, sondern sie wären tatsächlich offengeblieben.

Aber nicht einfach nur das. Sondern, und das ist das eigentlich Entscheidende, wenn es eine kritische Infrastruktur ist, dann sorgt man dafür, dass diese Einrichtung geschützt unter den Bedingungen einer Krisensituation oder einer großen Gefahrenschadenslage geöffnet bleiben kann. Das heißt also, man darf die Diskussion jetzt auch nicht unterkomplex führen, Schule auf oder zu. Schule muss geöffnet bleiben. Da bin ich ganz d'accord. Aber sie muss eben geschützt offenbleiben, und das ist der Aspekt, der sozusagen mit der Betrachtung als KRITIS einhergehen würde. Denn wenn etwas eine kritische Infrastruktur ist, dann ist die so wichtig, dass man eine Menge dafür tut, den Schutz dieser Einrichtung zu gewährleisten und den Betrieb geschützt aufrechtzuerhalten. Und das ist der entscheidende Punkt meines Erachtens.

Wenn wir jetzt auf die Pandemie zurückschauen, dann gab es ja, da sind wir uns auch tatsächlich alle einig, ab April/Mai 2020 zahlreiche auch wissenschaftlich fundierte Stellungnahmen aus den unterschiedlichsten Richtungen, die auf Schutzmöglichkeiten im Bereich des Bildungswesens durchaus hingewiesen haben. Aber die sind eben weitgehend ignoriert worden. Die Schulen wurden zugemacht. Ende. Und da bin ich der Meinung: Wäre klar gewesen, dass es sich um eine kritische Infrastruktur handelt, dann hätte man eben Schutzkonzepte aufgegriffen – die man idealerweise vorher schon hätte haben müssen; darum reden wir ja auch darüber –, und dann wird eben dieser Bereich geschützt funktionsfähig aufrechterhalten. Das ist der Sinn einer kritischen Infrastruktur. Nicht einfach nur auflassen und dann gucken, was passiert, sondern eben für den Schutz sorgen, sodass dieser Bereich aufrecht bleiben kann, auch unter den Bedingungen einer Krisen- und Katastrophensituation, wie auch immer.

Noch mal, ich möchte das betonen: Wir sollten jetzt nicht nur eingeeengt über die nun hoffentlich zu Ende gehende Pandemie sprechen, sondern wir müssen auch andere mögliche Szenarien in den Blick nehmen. Da gibt es genauso das Blackout-Szenario wie eine Extremwetterlage, Naturkatastrophen und so weiter. Es geht jetzt sozusagen aus meiner Sicht als Wissenschaftler, der im Krisenmanagement forscht und tätig ist,

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

um die Frage: Wie kann das Bildungswesen in verschiedenen Gefahren- und Schadenslagen, die auch künftig zu erwarten sind, zuverlässig geschützt betrieben werden? Das ist die Frage nach kritischen Infrastrukturen.

Die zweite Frage, die an mich gerichtet gewesen ist, war die Frage, inwiefern das Bildungswesen zur Krisenbewältigung beitragen kann. Ich bin ganz dankbar für die Frage. Ich habe mich zum Beispiel in der Pandemie tatsächlich gewundert, warum die Krisenbewältigung als solches innerhalb des Bildungswesens, also als Thema von Bildungsprozessen gar nicht thematisiert worden ist. Es ist im Grunde genommen so gewesen, dass Mathe-, Englisch-, Bio-, Physikunterricht stattgefunden haben wie sonst auch, nur eben mitunter digital aus der Ferne oder mit einigen Schutzmaßnahmen.

Aber wir hätten in der Pandemie aus meiner Sicht zahlreiche Bildungsthemen, Bildungschancen gehabt, die wir pandemiespezifisch hätten aufgreifen und nutzen können. Das ist der Umgang mit Ängsten und Sorgen, der Umgang mit einer Flut an Informationen, die man bewältigen muss. Das ist die Auseinandersetzung mit möglichen Fake News, die Identifizierung und das Hinterfragen von Informationen, was korrekt und was nicht korrekt ist. Das ist das Verhältnis von Politik und Wissenschaft.

Wir haben in der Pandemie auch eine Menge über uns als Gesellschaft gelernt, über das gesellschaftliche Miteinander, über Frontenbildungsprozesse, sozialwissenschaftliche Aspekte. Das sind alles Bildungspotenziale, die mit der Pandemie einhergegangen sind, die auch mit anderen Notfall- und Krisensituationen verbunden waren. Ich würde deswegen dringend dafür plädieren, solche Themen auch als Bildungsinhalte zu nutzen, aufzugreifen, um mit den betroffenen Menschen sozusagen während des Krisengeschehens an der Bewältigung zu arbeiten. Insofern wäre das Bildungswesen nicht nur ein notwendiges Übel gewesen, was man halt irgendwie am Laufen halten muss, sondern das Bildungswesen hätte einen Beitrag leisten können, um das Pandemiegeschehen besser in den Griff zu bekommen, weil informiert worden wäre, aufgeklärt worden wäre und so weiter und so weiter. Da hat man viele Chancen aus meiner Sicht nicht genutzt.

Es ging eben weiter wie bisher, business as usual. Und dann kamen Kinder nach Hause und haben Matheheft Seite 37 bearbeitet, obwohl sie sich eigentlich gerade mal mit Inzidenzen hätten beschäftigen können, was das eigentlich bedeutet, also eine Inzidenz zu verstehen als Beispiel.

Hier sind also Chancen nicht genutzt worden. Das hat, glaube ich, mit der mangelnden Flexibilität im Bildungswesen zu tun, und das ist meine Antwort auf die Frage. Ich sehe das so, dass Krisenbewältigung in ganz hohem Maße eigentlich eine Bildungsaufgabe darstellt.

Kathrin Stolzenburg (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe):

Jetzt ist es einfach für mich, zu sagen, dass ich Herrn Karutz erstmal vollumfänglich recht gebe und meine Antworten jetzt nur noch als Ergänzung sehe. Denn wir haben schon gut ausgewählt, wer hier die Studie für uns erstellt hat. Aber das wäre Eigenlob.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

In meinem Verständnis liest sich der Antrag der SPD jetzt nicht nur auf Corona bezogen. Vielmehr steht er für mich im Einklang mit diesem 10-Punkte-Plan, der ja viel beachtet wurde, den Sie vor einem Jahr publiziert haben, der weitaus mehr greift. Und einer dieser zehn Punkte bezieht sich dann auf die Ausweisung von Schulen als KRITIS.

Ich entnehme Ihrem Antrag auch – aber das ist Interpretation, Sie können mich da korrigieren –, dass Sie Zeitfristen indirekt eingezogen haben, also diese Kurzfristigkeit für den nächsten Winter fitmachen. Das heißt, welche Maßnahmen sind oder sind überhaupt andere Maßnahmen erforderlich als die, die schon eingeleitet wurden? Dazu hat ja die Kollegin aus der Geschwister-Scholl-Schule schon vorgetragen. Sie haben auch einen langfristigen Horizont eingezogen, indem Sie auf gut Deutsch gesagt haben: Lasst uns das Fass öffnen, lasst uns darüber diskutieren, ob Schulen KRITIS sein sollen, und zwar nicht nur im Land NRW, sondern auch gesamtgesellschaftlich, das heißt aus Sicht des Bundes.

Was wäre denn die Folge, wenn das Bildungswesen als KRITIS erklärt würde, haben Sie gefragt, Herr Pinkwart. Das haben die Kollegen ja auch schon angerissen. Das ist wahrscheinlich auch gar nicht so kurz zu erläutern. Ich würde ergänzen: Was wäre denn die Folge, wenn NRW die Schulen nicht mehr als KRITIS betrachtet? Denn zumindest, wenn ich mich als Bürger zurückziehe, machen Sie das ja schon. Sie haben ja gleich am Anfang der ersten Coronawelle als Land NRW publiziert: Schulen sind KRITIS. Als Bürger fragt man jetzt nicht, welches Ministerium das gemacht hat und welche Handschrift das trägt, sondern NRW hat geschrieben: Schulen sind KRITIS. Das schreibt die KMK im Übrigen auch. In ihren letzten Beschluss hat sie es noch einmal reingeschrieben. Da ging es um Energiesicherheit. Schulen sind KRITIS. Sie diskutieren anscheinend ja gar nicht mehr, Sie haben sich ihre Meinung schon gebildet.

Jetzt die Frage: „Was hat denn das damals gebracht?“ Das können natürlich die kommunalen Vertreter, die Elternverbände sicherlich besser beantworten. Es mag so sein, dass diese Quasibehandlung als KRITIS dazu geführt hat, dass, auch wenn das kontrovers diskutiert wird, es eine Impfpriorisierung gab, es gab eine Priorisierung bei der Notbetreuung, es gab eine Priorisierung zur Offenhaltung, zumindest das Land NRW hat ja sehr stark wieder in den Präsenzunterricht gedrängt. Es gab eine Priorisierung auch von Masken, zumindest habe ich erfahren, dass die in Teilen bereitgestellt wurden. Also da gab es ja schon einige konkrete Maßnahmen. Da kann man diskutieren: Ist das jetzt diese Quasierklärung als KRITIS auf Landesebene gewesen, oder hätte man das auch so gemacht?

Ich möchte jetzt nicht auf das neue erfundene Wort, „Systemrelevanz“ im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen eingehen. Das wurde ja schon richtig zitiert. KRITIS sind systemrelevant, aber nicht alles, was systemrelevant ist, ist KRITIS. Wichtig ist: Die kritische Dienstleistung muss erbracht werden. Deswegen da auch noch mal die Betonung, das steht auch in diesem Antrag, Forschung ist tatsächlich noch nötig: Was sind denn die kritischen Dienstleistungen des Bildungswesens, oder welche sind denn so relevant, dass man sie unbedingt betonen muss?

Ich würde noch gerne um zwei Sachen ergänzen. Zum einen hieße eine Ausweisung als systemrelevant oder KRITIS nicht eine Zwangsöffnung. Es heißt aber „die Funktions-

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

fähigkeit dieser kritischen Dienstleistungen absichern“. Das kann auch mit kurzzeitigen Schließungen einhergehen, aber da steckt der Teufel im Detail, und dann auch noch im Unterschied zwischen Bund und Land. Das würden Sie vielleicht anders interpretieren als ich.

Was ich als vorletzten Punkt sagen will: Es gibt schwarz, es gibt weiß, und es gibt eine Grauzone. Wenn Sie doch Sachen schon in weiß identifiziert und vor die Klammer gezogen haben, dann würde ich dringend anraten, diese Handlungsbedarfe doch durchzuführen und umzusetzen. Parallel können Sie ja diskutieren, ob es jetzt kritisch oder systemrelevant ist, also Stichwort „Krisenpläne für Schulen“.

Als Letztes wollte ich eigentlich nur noch mal mit einem Zitat Herrn Professor Karutz ergänzen. Wir hatten letzte Woche einen eindrücklichen Vortrag von der Landrätin Weigand vom Landkreis Ahrweiler – damals war sie noch keine Landrätin, zum Ereignis der Flut –, und sie hat gesagt: Die Krisenbildung muss zurück in die Schulen. Wir brauchen eine krisenfestere, resiliente Gesellschaft, und Bildung, ja, auch wenn sie natürlich breit und informell ist, muss auch in die Schulen getragen werden und von da kann das natürlich ausgehen, wenn wir unsere Kinder und Jugendlichen fit machen. Ich wollte darauf hinweisen: Die Materialien gibt es schon lange. Gucken Sie bei HIOGs, gucken Sie bei Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk. Es ist ja alles da. Es ist nur – ich war mal so provokant, es als Zufall zu bezeichnen – nicht verpflichtend.

(Der Vorsitzende signalisiert das Ende der Redezeit.)

Nur, wer das verpflichtend machen kann, sind Personen, die hier sitzen. Das sind dann eben nicht die Hilfsorganisationen.

Prof.'in Dr. Sabine Walper (Deutsches Jugendinstitut [per Video zugeschaltet]): Das waren viele wichtige Fragen. Ich bin sehr dankbar, dass Frau Stolzenburg auch noch mal angesprochen hat, was es denn heißen würde, Schulen und das Bildungssystem zur kritischen Infrastruktur zu erklären. Es geht nicht nur darum, wie diese Einrichtungen offengehalten werden können und ob sie offengehalten werden, sondern, so wie auch Herr Karutz das gesagt hat: Es geht um geschütztes Offenhalten und es geht auch um Maßnahmen, die vorab getroffen sein müssen und nicht erst ad hoc entwickelt werden sollen, wenn zu überlegen ist, was passiert, wenn man eben nicht mehr offenhalten kann.

Wir wissen ja überhaupt nicht, welche Pandemien uns in Zukunft noch ereilen und ob es dann nicht wirklich ganz essentiell wichtig sein wird, Kinder zu schützen. Dann muss man unter Umständen die Schulen selber schließen, aber nicht ihre Funktionsfähigkeit damit verlieren. Deshalb brauchen wir Szenarien, wir brauchen didaktische Pläne, wir brauchen wirklich entsprechende Handlungsstrategien, was in dem Fall zu passieren hat. Dazu ist schon vieles angeklungen: Die Ausstattung mit digitalen Geräten, die Möglichkeit auch WLAN in die Familien zu schaffen – es gibt ja einzelne Kommunen, die das gemacht haben, sehr erfindungsreich und mit viel Engagement. Das sind aber Dinge, für die wir dann einen Plan brauchen. Das, glaube ich, ist die große Herausforderung, die wir zu meistern haben.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das Bildungssystem als Potenzial zur Krisenbewältigung. Auch deshalb danke ich für diese Frage, denn ich bin da völlig bei Herrn Karutz, der noch mal betont hat, dass Schule – oder überhaupt Bildungseinrichtungen – natürlich Inhalte transportieren kann, die wichtig sind, um gut durch die Krisenzeit zu kommen. Die Bildungseinrichtungen sind unser zentraler Zugang zu Eltern in Zeiten der Pandemie. Wir haben gesehen, wie auch Eltern unter der Last der Betreuung der Kinder und ihrer Bemühungen, irgendwie Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung zusammenzubringen, in die Knie gegangen sind. Von daher ist auch dieser Kommunikationskanal ganz entscheidend, wo wir gesehen haben, dass er nicht in allen Bereichen und in allen Einrichtungen hinreichend gut etabliert ist. Deshalb muss man sich auf jeden Fall in diesem Bereich zusätzlich anstrengen.

Was haben wir aus der Corona-Kita-Studie gelernt? Ganz sicherlich haben wir da nicht gelernt, dass es völlig irrelevant gewesen wäre, Schutzmaßnahmen zu ergreifen und dass es sich hier nur um eine Corona-Inszenierung handeln würde. Ich bitte wirklich sehr, davon Abstand zu nehmen. Wenn man junge Menschen kennt, die an Long Covid leiden, dann hat man eine ganz andere Einschätzung. Von daher bitte nicht solche polemischen Äußerungen. Die brauchen wir nicht.

Es hat natürlich Infektionen gegeben, die auch sozial unterschiedlich die Kitas getroffen haben. Das ist ein Punkt, der dafür spricht, dass man in unterschiedlichem Maße stärker und weniger stark gefährdete Kindertageseinrichtungen identifiziert und über deren spezifischen Schutzbedarf nachdenkt. Wir haben gelernt, dass bestimmte Maßnahmen viel hilfreicher sind als andere. Beispielsweise die Rückkehr zum Konzept der geschlossenen Gruppen statt der offenen, sich in großem Maße mischenden Gruppen. Das war sehr hilfreich, während die Desinfektion von Tischen und so weiter nicht so viel gebracht hat.

Es gibt viele Erkenntnisse, die wir aus der Coronapandemie wirklich mitgenommen haben, unter anderem auch, wie wichtig es war, die Kinder gleich zu Beginn der Pandemie, wenn man sie noch dahatte, gut zu fördern. Weil das Fehlen dieser starken Förderung einfach hintenraus einen viel stärkeren Zuwachs an Förderbedarf bei diesen Kindern produziert hat. Also es gab durchaus vieles, was zu lernen war. Ich glaube, das ist vielleicht das, was ich in meinen drei Minuten jetzt sage.

Jochen Ott (SPD): Ich habe jetzt eine Nachfrage. Auf der einen Seite haben wir also jetzt gelernt, KRITIS heißt, es wird im Zweifel offengehalten. Frau Schneckenburger hat gerade gesagt, dass die Jugendarbeit vor Ort auch Kontaktstelle und unser Draht in die Familien ist, gleichzeitig aber plädieren die kommunalen Spitzenverbände dafür, dass es nichtkritische Infrastruktur ist. Das ist für mich ein kleiner Widerspruch.

Dann wurde hier die ganze Zeit davon gesprochen, dass es nicht schwarz-weiß ist, sondern grau, dass es Grautöne sind, die es auszuleuchten gilt. Da denke ich so an Schulen, die Französisch, Latein und katholisch/evangelisch einfach in festen Lerngruppen zu Beginn der Pandemie gemacht haben, obwohl sie es nicht durften, oder Grundschullehrer, die Essenspakete nach Hause gefahren haben.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Jetzt wurde konkret davon gesprochen, dass es Umstellungspläne geben soll. Deshalb würde ich gerne die Wissenschaftler noch mal fragen, also Herrn Professor Karutz, Frau Stolzenburg und auch Frau Professorin Walper: Wie könnten denn ganz konkrete Umstellungspläne aussehen? Denn wir sind ja hier der Gesetzgeber. Was muss ich als Gesetzgeber eigentlich machen, damit die Beamten und die Verwaltungen das tun, was ich als Gesetzgeber will? Also: Was muss ich eigentlich tun, damit das funktioniert?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Frau Stolzenburger, die das Thema gerade schon angerissen hat, ich würde es dann gerne noch mal vertiefen, und auch an Frau Schneckenburger, weil das in Ihrer Stellungnahme auch angerissen wurde. Die Frage ist: Wie konkret müssen Schulentwicklungsstrukturen, aber auch Schulaufsichtsstrukturen aussehen, um in Zukunft krisenfest zu sein?

Zacharias Schalley (AfD): Meine dritte Frage richtet sich noch mal an Herrn Seifen. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme bereits vorhandene Strukturen zur Krisenbewältigung im Bereich der Schule an, also so schulische Krisenteams. Können Sie die bereits vorhandenen Strukturen etwas näher erläutern und inwieweit könnte man denn auf diese zurückgreifen, wenn eine Krise akut ist?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich wollte doch noch mal darum bitten, Frau Stolzenburg und Herr Karutz vielleicht, wenn Sie es versuchen, dass wir etwas begriffliche Klarheit gewinnen. Denn ich war nach Ihrem Beitrag, Frau Stolzenburg, etwas verunsichert, ob wir jetzt schon die Schule in Nordrhein-Westfalen als kritische Infrastruktur behandelt hätten oder nicht.

Wenn wir sie näherungsweise als solche behandelt hätten, würde ich mich als früheres Mitglied der Landesregierung glücklich schätzen, dass wir es so getan hätten. Ich habe aber den Beitrag von Herrn Karutz in der FAZ oder die Einlassung von Frau Stark-Watzinger vom Januar dieses Jahres und den Antrag der SPD-Fraktion ein wenig anders verstanden, und zwar, dass das eben nach vorne vielleicht zunächst noch zu klären sei. Was haben wir jetzt wirklich, und was müssen wir mindestens erreichen? Frau Stark-Watzinger hat mindestens eine Gleichstellung mit dem Kulturbereich gefordert. Den habe ich so klar, ehrlich gesagt, als wirkliche KRITIS im Sinne der Definition, wie der Bund sie über BSI und Katastrophenschutzamt hier definiert, auch noch nicht gesehen. Deswegen benötigen wir da Klarheit, damit wir wirklich wissen, was wir wollen oder wollen sollten, um dann auch die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Jens Kamieth (CDU): Noch eine Frage an Frau Schneckenburger. Der Städtetag äußert sich zu dem Programm unserer Alltagshelfenden. Da noch mal die Frage. Wie hat sich das krisensichernd ausgewirkt, und kann man es vielleicht weiterentwickeln?

Daniela Schneckenburger (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Ich möchte, obwohl es keine Frage war, auf die Ausführungen

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

von Herrn Abgeordneten Ott eingehen, weil da ja insinuiert worden ist, dass es sozusagen einen Widerspruch in der Darstellung gebe. Die Frage ist, ob Schulen im formellen rechtlichen Sinne kritische Infrastruktur sein sollen.

Meines Erachtens – das ist jetzt nicht juristisch geprüft – hätte das bedeutet, dass wir, das Land NRW, im März 2020 in einer Situation hinein, in der wir nicht wussten, wie sich dieses Virus genau überträgt – wir haben zu Beginn Kontaktflächen gereinigt und so weiter –, welche Folgewirkung es tatsächlich hat, weil es auch nicht weiter erforscht werden konnte, in der keine Impfung zur Verfügung stand, Schulen und Kindertageseinrichtungen sozusagen gegen den Widerstand auch der Mitarbeiterinnen hätten zwangsweise offenhalten müssen.

Ich möchte das noch einmal ins Gedächtnis rufen: Der Widerstand der Mitarbeitenden der Kitas und Schulen war ein großes Thema, wir hatten Krankmeldungen aus Angst vor der Ansteckungsgefahr in Schulen. Das war zu diesem Zeitpunkt nicht untersucht worden oder war überhaupt noch nicht untersuchungsfähig. Die Einrichtungen waren ja für die Betreuung von Kindern von Mitarbeitenden in der kritischen Infrastruktur geöffnet. Das war ja weiterhin so. Wir hatten keinerlei Schutzmechanismen, die zu diesem Zeitpunkt ausgebildet waren. Es gab, wenn Sie sich erinnern, Maskennähaktionen in den Theatern der Kommunen, weil es keine Schutzmasken, FFP2-Masken gab. Deswegen muss man sich die Frage stellen: Möchte man das im formellen Sinne?

Wir sind, glaube ich, unstrittig mit Ihnen der Auffassung, dass Schulen systemrelevant sind und dass pädagogische Betriebe hochsensible Betriebe und für die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft entscheidend sind. Sie haben gefragt, was man sozusagen tun müsse, um sie abzusichern. Die Alltagshelfer und -helferinnen waren eine große Unterstützung für die Kindertageseinrichtungen, weil wir aufgrund der Tatsache, dass da natürlich auch lebensältere Mitarbeiterinnen und vulnerable Personen waren, eine Zeit lang den Kitabetrieb nicht anders hätten aufrechterhalten können als durch den Einsatz von Alltagshelfer*innen. Das war ein wichtiges Instrument, und die können auch ein wichtiges Instrument gegebenenfalls in Schulen und solchen Krisensituationen sein.

Die Frage, wie man das Schulsystem aufstellen muss, damit es krisenfest ist, ist eine sehr breite Frage, die sicherlich einer weiteren Anhörung würdig wäre. Dazu gäbe es, glaube ich, sehr viel zu sagen. In jedem Fall ist es so, dass man Rechtssicherheit auch für Schulträger schaffen muss. In einer solchen Situation zu klären, ob Schulen weiterhin – zwangsweise – geöffnet werden müssen oder nicht, wäre eine ausgesprochen schwierige gesellschaftliche Debatte geworden, die wir, glaube ich, auch nicht gemeinsam miteinander bestanden hätten.

Also: Selbstverständlich systemrelevant, selbstverständlich ein hochsensibles Feld, das haben auch alle Untersuchungen im Nachgang gezeigt, aber zu diesem Zeitpunkt – das sind jetzt alles Ex-post-Betrachtungen – nicht anders, glaube ich, zu entscheiden als die Entscheidungen seinerzeit gefallen sind.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank, Frau Schneckenburger und vielen Dank an dieser Stelle für Ihre Teilnahme an der heutigen Anhörung.

Helmut Seifen: Es gibt bereits an jeder Schule Krisenteams. Allerdings muss man Krisen voneinander unterscheiden. Die Krisenteams, die seinerzeit gebildet worden sind – wenn ich mich recht erinnere, war das so um 08/09 herum –, wurden gebildet angesichts der bedauerlichen Amokfälle, die vorkamen, tatsächliche, aber leider Gottes auch angekündigte, die dann Gott sei Dank gar nicht durchgeführt worden sind, aber von bestimmten Personen durch Kritzeleien auf dem Schultisch und so weiter in die Welt gesetzt wurden. Unsere Schule war davon auch betroffen. Also eine ganz schwierige Geschichte.

Da gab es Krisenteams, und diese Krise war natürlich dann auf eine Schule beschränkt. Da waren die Schulleitung betroffen sowie die örtlichen Sicherungskräfte. Es gab diesen Krisenkoffer, der außerhalb der Schule gelagert worden ist, mit Kennwörtern. Eltern und Schüler waren da natürlich logischerweise nicht einbezogen, weil man ja davon ausgeht, dass möglicherweise aus den Reihen der Schüler ein Gewaltanschlag vorgenommen werden soll, sodass dann natürlich bestimmte Schlüsselwörter, die gebraucht werden, nicht allgemein bekannt sind.

Insofern haben wir hier natürlich mit der Coronapandemie und den Maßnahmen eine andere Krise vorliegen. Da wurde also ein Beschluss von Parlament und Exekutive sozusagen von oben der ganzen Gesellschaft und natürlich auch den Schulen übergestülpt. Daher müsste man diese Krisenteams, die es bereits gibt, durch Eltern und Schüler erweitern, sodass man bespricht, wie man das hier handhabt, diese Dinge; diese quasi-Antinomie, dieses Dilemma: Auf der einen Seite dem zu folgen, was Parlament und Regierung verordnet haben, auf der anderen Seite aber natürlich die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu erfüllen. Daran können wir uns vielleicht ein Beispiel nehmen.

Dieses Krisenteam, von dem ich gerade sprach, war darauf angelegt, eben gerade ein entschlossenes Handeln ohne Panik und Hysterie zu installieren. Deswegen haben wir etliche Besprechungen gehabt: Wie geht man vor, ohne dass jetzt die ganze Schule in Aufruhr gerät und man hektisch durch die Gegend läuft. Vielleicht wäre das hier auch möglich gewesen.

Ich möchte an das anschließen, was Herr Professor Karutz gesagt hat: Vielleicht wäre das auch möglich gewesen, die Dinge, die in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit verhandelt werden, tatsächlich zum Bildungsgegenstand zu machen. Der Mathematiklehrer, der sich vielleicht damit beschäftigt hätte, wie Inzidenzen zustande kommen, und über die Datengrundlagen aufklärt. Sind die eigentlich aussagekräftig oder sind die nicht aussagekräftig? Das Gleiche in Biologie, wie Viren reagieren, mRNA-Impfstoff und so weiter, und so weiter. Das habe ich auch vermisst. Aber möglicherweise lag das auch daran, dass von oben einfach Verordnungen kamen und die Lehrer und Lehrerinnen vor Ort und die Schulleitungen dann natürlich einfach bemüht waren, die Dinge auszuführen, weil man ja eben auch Angst hatte, dass man einen Fehler macht, dass es da möglicherweise zu gesundheitlichen Schäden kommt. Das will ich jetzt den

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Leuten vor Ort überhaupt nicht vorwerfen. Aber wir sollten ja jetzt hier die Lehren daraus ziehen. Ich denke, das ist eine Lehre, die ich daraus ziehen würde, wieder der Wahrheitssuche, der Vernunft, dem Verstand den Vorrang zu geben und alles zu vermeiden, was zu Panik und Hysterie führt unter Einbeziehung selbstverständlich des Gesundheitsschutzes und der Fürsorge und der Sorgfalt. Das wäre gut, und möglicherweise könnte man ein Krisenteam, was es da schon gibt,

(Der Vorsitzende signalisiert das Ende der Redezeit.)

unter Erweiterung anderer Mitglieder der Schulgemeinde, die das dann tatsächlich sorgfältig alles überlegen und nicht einfach nur nach Befehl und Gehorsam handeln, wie es scheinbar offensichtlich in den letzten zweieinhalb Jahren gewesen ist, einschalten.

Prof. Dr. Harald Karutz (MSH Medical School Hamburg, Professur für Psychosoziales Krisenmanagement): Ich gehe zunächst auf die Fragen von Herrn Pinkwart ein: Wie ist das jetzt aktuell, wie verhält es sich? Ist es nun KRITIS oder nicht?

Also, das Thema ist hochkomplex. Tatsächlich gibt es da auch einige Konfusion durch Äußerungen des einen oder anderen. Man kann festhalten, dass sich Politiker – übrigens aller Parteien – auf Bundesebene in unterschiedlichster Weise geäußert haben, und ich glaube, dass der eine oder andere auch Begriffe verwendet hat, von denen er nicht ganz genau weiß, was sich dahinter verbirgt. Das ist bitte nicht als böser Vorwurf zu verstehen, aber der eine oder andere hat von kritischen Infrastrukturen gesprochen, ohne dass das der formaljuristischen Faktenlage entsprochen hat.

Nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass Mecklenburg-Vorpommern und das Land Hessen das Bildungswesen – also insbesondere Schulen und Kitas – explizit als KRITIS bezeichnen. In Nordrhein-Westfalen ist es so, das kann Frau Stolzenburg noch genauer erläutern, dass das Lehrpersonal, also die Lehrkräfte, als KRITIS betrachtet worden sind. Das hat dazu geführt, im Rahmen der Notbetreuung zum Beispiel bestimmte Dinge zu berücksichtigen. Das Bildungswesen in Gänze als Struktur ist in NRW bisher nicht KRITIS. Aber es gibt eben eine Erlassregelung, in der die Lehrkräfte als KRITIS betrachtet worden sind. Also eine gewisse Konfusion, zumal auch die Begriffe von Systemrelevanz und KRITIS teilweise synonym verwendet werden, was auch eben nicht richtig ist. Es war ja gerade hier schon mal kurz Thema, da muss man sauber differenzieren, was systemrelevant und was KRITIS ist.

Ich hoffe, ich konnte damit ein bisschen für Klarheit sorgen und habe die Unklarheit und Verwirrung damit nicht noch mehr verstärkt.

Zur Frage von Herrn Ott zu konkreten Umstellungsplänen: Aus meiner Sicht müsste es tatsächlich eine schulrechtliche Rahmengesetzgebung oder Erlasslage geben, die sozusagen das schulische Krisenmanagement in flächendeckenden und länger anhaltenden Krisenlagen regelt. Es gibt so etwas für den Bereich von Extremwetterlagen, also Unwetterereignissen, und es gibt eine Reihe von Erlassen, wie es Herr Seifen auch angesprochen hat, zum Thema Amok und Bedrohungslage im Schulkontext. Was aber bisher eben noch gefehlt hat, ist tatsächlich diese längerfristige, über-

greifende Krisenmanagementplanung. Aus meiner Sicht wäre hier erforderlich, weil ich ja an der Schnittstelle auch arbeite, dass man ressortübergreifend gemeinsam etwas erarbeiten müsste, und zwar an der Schnittstelle zwischen dem Kultusressort und dem Innenressort. Das Krisenmanagement ist Thema des Innenressorts. Deswegen glaube ich, wäre es ganz interessant und auch wirklich sachdienlich und hilfreich, die Expertise, die dort vorhanden ist – auch auf Bundesebene im Bereich des BBK zum Beispiel –, diese Krisenmanagementperspektive aus der Gefahrenabwehr, verstärkt auch in die Planungen im Kultusressort einzubeziehen und da gemeinsam einen Plan zu entwickeln, der sozusagen die zuverlässige Funktionsfähigkeit des Bildungswesens in Krisenzeiten sicherstellen könnte.

Zu so einem Plan würde aus meiner Sicht dann insbesondere die Schaffung eines Handlungskorridors gehören. Ich halte einen Handlungskorridor, in dem auf der kommunalen Ebene und auch auf der individuellen Schulebene Entscheidungen getroffen werden können, die dann eben rechtlich abgesichert sein müssen, sodass aber tatsächlich bei den Entscheidungen die betroffene Schulgemeinde oder die Kommune einbezogen werden kann und die Situation in der Kommune berücksichtigt werden kann, um die Entscheidungen auch sozusagen bedarfs- und bedürfnisgerechter treffen zu können als man das pauschal auf Bundes- oder Landesebene für das ganze Bildungswesen machen kann, für essentiell.

(Der Vorsitzende signalisiert das Ende der Redezeit.)

Also, das wäre mein wirklich in Stichworten formulierter Vorschlag für solche Umstellungskonzepte mit einem Handlungskorridor, der Rechtssicherheit enthält. Dazu gehört vieles Weitere auch, also Partizipation, so etwas wie ein Krisencurriculum zum Beispiel, was wir gerade schon als Thema hatten, und sicherlich auch viele andere Maßnahmen. Ich will nur stichwortartig auf Stellungnahmen der Leopoldina oder auf die S3-Leitlinie verweisen, wo viele weitere im Grunde genommen konkrete Vorschläge, auch wissenschaftlich begründete Vorschläge gemacht worden sind, die bisher aber nicht im Bildungswesen angekommen sind. Und das ist bedauerlich.

Kathrin Stolzenburg (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe):

Die erste Frage war zu Umstellungsplänen bzw. Sie hatten es ja auch auf den Punkt gebracht: Was können Sie tun, damit die Handelnden vor Ort tätig werden können? Wenn ich mir jetzt als Mensch die Handelnden vor Ort anschau, dann sind das zumindest mit einem gewissen Handlungszwang primär die Leitungen. Ich spreche jetzt von Schulen, aber wir haben ja auch die Fachexpertise hier für die frühkindliche Bildung. Schulleitungen standen unter Druck.

Sie haben in ganz Deutschland, nicht nur in NRW, dieses Phänomen „primus inter pares“, das heißt irgendein Lehrer will dann doch mal ein bisschen mehr Geld verdienen und wird Schulleiter. Führung, Management, Organisation, pädagogische Kompetenzen möchte ich der Person dann überhaupt nicht absprechen. Aber sie sind zufällig. Das heißt, wird er Schulleiter, ist er zufällig kompetent, 1.000 Menschen in seinem Verantwortungsbereich durch so eine Krise – Krisen sind immer geprägt von hoher Unsicherheit – zu steuern. Ich unterstelle mal, vermutlich, viele werden es tun, denn

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

sonst würden sie sich nicht bewerben. Die haben dann die Werte in sich und wissen, worauf sie sich einlassen. Aber was können Sie tun? – Die Handlungsfähigkeit und Handlungsmöglichkeit, Handlungssicherheit und Handlungskompetenz herstellen.

Einige Beispiele. In Klassenzimmern, wo mir letztens ein Lehrer sagte, wenn die kranken Schüler auch noch kommen, kann ich aber keinen Tisch mehr reinstellen, dann können die hier nicht sitzen, und dann können die auch nicht mehr auf die Kreidetafel gucken. Da brauchen Sie nicht von iPad-Klassen sprechen. Das heißt, die brauchen einen Infrastrukturplan. Ein Digitalplan wurde schon angesprochen. Sie brauchen starke Partner. Das sind die Schüler*innen und ihre Vertretungen selbst, bzw. es sind ja auch viele Vertretungen anderer Akteure am Tisch bzw. online zugeschaltet.

Wenn – ich überspitze auch, ich habe ja nur drei Minuten – man es in Bayern schafft, einen übrigens deutschlandweiten Aktionsrat mit wirklich hochkarätigen Gutachterinnen und Gutachtern zum Thema „Bildung“ zusammensetzen, dann können Sie das auch. Es gibt im Land NRW einen Runden Tisch „Stromausfall“, wo sich alle Ministerien zusammensetzen. Machen Sie doch einen Runden Tisch „Bildung“, oder machen Sie einen Aktionsrat Bildung.

Dann würde ich gerne zu der Frage von Bündnis 90/Die Grünen übergehen: Was können Sie noch machen? – Auch ich sehe es so, Schulentwicklungspläne insbesondere vor Ort müssen gestützt werden, die dürfen nicht nur Papier sein. Auch das haben Expert*innen herausgefunden, jetzt mal ausnahmsweise nicht der Aktionsrat Bildung, sondern andere. Die haben nachgeforscht. Ich kann es jetzt nur für Schulen sagen, denn das sind die Papiere, die ich gelesen habe, wo es Schulentwicklungskonzepte gab, wo man sich damit befasst und sich den Fragen gestellt hat: „Wo will ich hin für meine Schule? Wie baue ich mich auf, auch entlang der Ressourcen, die ich habe, die vielleicht knapp sind und entlang der Unsicherheit, die die Schulaufsicht hier bildet?“ Diese Schulen scheinen zumindest nach Sicht der Experten besser durch die Krise gekommen zu sein. Ich würde vermuten, dass sie dann auch besser durch andere Krisen gehen könnten. Also das wäre zu unterstützen.

Meine verbleibende Minute reicht jetzt nicht mehr für die begriffliche Klärung Schule und das Formaljuristische als KRITIS. Nur in Kürze bis Sie mich unterbrechen: Es gibt ja unterschiedliche Herangehensweisen. Ich rede jetzt von der Bundessicht. Achtung, ich bin Mitarbeiterin in einem Bundesamt. Formaljuristisch: Wir haben ja noch kein KRITIS-Dach-Gesetz. Es gibt eine Benennung, Definition kritischer Infrastrukturen im sogenannten IT-Sicherheitsgesetz. Jetzt sind wir bei 2.0, vielleicht kommen wir auch nach 3.0. Da haben wir uns natürlich an eine EU-Richtlinie, die da ausstand, angelehnt.

Die kritischen Infrastrukturen in diesem Gesetz in der Verordnung bezogen sich auf die Informationssicherheit. Es gibt noch mehr kritische Infrastrukturen auf Bundesebene, die sind darin nicht erfasst, teilweise in sektoralen Gesetzen. Es gibt eine Verordnung zum Energiewirtschaftsgesetz. Da werden kritische Infrastrukturen im Übertragungsnetz erfasst, aber übergreifend alle kritischen Infrastrukturen aus Sicht des Bundes sind meines Wissens – gut, ich bin jetzt zwei Jahre raus, aber ich habe mich zehn Jahre damit befasst – in kein Gesetz gegossen.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dann gehen wir mal ins Land. Da wollte ich nur zitieren. Darf ich noch vorlesen, was Sie selbst geschrieben haben?

Vorsitzender Florian Braun: Sie dürfen das zum Abschluss gerne noch zitieren.

Kathrin Stolzenburg (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe):

Weil Sie gefragt haben, ob NRW denn schon etwas gemacht habe, wie juristisch und fest das sei. Das ist Ihre Diskussion. Aber geschrieben zumindest auf den Seiten des Landes NRW steht:

„...die Entscheidung, ein Kind zur Betreuung in der Schule oder Kindertageseinrichtung“ – es geht um Notbetreuung – „aufzunehmen, dessen Eltern in einer der unten genannten kritischen Infrastrukturen tätig sind“, also nicht die Person als Schlüsselperson, sondern die Einrichtung als KRITIS wird zumindest auf dieser Webseite vom Land NRW so benannt. Und dann werden da, ich glaube, zehn Sektoren gelistet, und unter Sektor Nummer 10 Schulen, Kinder-, Jugendhilfe, Behindertenhilfe steht: „Sicherstellung notwendiger Betreuung in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Einrichtung für Menschen mit Behinderung.“

Deswegen meine Unterstellung, dass Sie das in NRW bereits als KRITIS betrachten.

Prof.'in Dr. Sabine Walper (Deutsches Jugendinstitut [per Video zugeschaltet]):

Ich greife gerne noch mal die Frage auf, wie denn die Umstellungspläne aussehen könnten, wobei ich sagen muss, das ist wirklich ein sehr dickes Brett und, es wurde ja auch schon gesagt, das braucht auf jeden Fall auch noch mal ganz eigene Runden, eigene Begleitforschung, eigene Verständigungsprozesse. Also das können wir sicherlich jetzt hier nicht so aus dem Ärmel schütteln.

Ich kann zumindest sagen: Wir brauchen auf jeden Fall die Rechtssicherheit, das ist schon angesprochen worden, die an vielen Stellen auch zu Beginn nicht existiert hat, selbst in Bereichen, die geregelt sind, so wie der Datenschutz. Ich möchte das noch mal besonders herausgreifen, weil es auch in vielen Schulen unsicher war, wie man denn jetzt überhaupt diesen digitalen Unterricht machen kann. Darf man Bilddateien verwenden? Wie ist das mit der Verarbeitung von Tondateien? Welche Software kann benutzt werden etc.? Solche Sachen müssen natürlich unbedingt geklärt sein.

Ich habe oft das Gefühl, dass wir uns gerade auch mit sehr strengen Regeln des Datenschutzes enorm selber das Bein stellen bei flexiblen Lösungen, die auch in Notsituationen greifen müssen. Das nur als einen Punkt

Wir haben gesehen: Einrichtungen – jetzt bezogen auf die Jugendämter, aber ich glaube, das kann man wirklich übertragen – sind resilient und haben jenseits des klaren Rechtsrahmens, den Sie sich zurechtgelegt oder für sich geklärt haben, gute, kurze Wege zu den wichtigen Kooperationspartnern in den Situationen. Das ist natürlich in gesundheitlichen Pandemiesituationen auf jeden Fall der öffentliche Gesundheitsdienst. Wir haben gesehen, dass er sehr stark dezimiert war, jetzt aber wieder

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

hochgefahren wird. Aber das muss ein wichtiger Kooperationspartner auch von Schule sein.

Über die Kinder- und Jugendhilfe haben wir heute schon verstärkt gesprochen. Sie ist ja auch ein Partner des schulischen Bildungssystems, der Kitas, aber genauso von Berufsschulen. Auch da müssen kurze Wege bestehen. Man muss auf funktionierende Kooperationen zurückgreifen können. Erst recht ist das natürlich zentral in der Zusammenarbeit mit Eltern und Schülerinnen und Schülern, wo wir diese Verständigungskanäle brauchen und sicherlich, auch das haben wir ja schon angesprochen, wird ebenfalls die Expertise im Bereich IT, die auch an Schulen angesiedelt sein muss, wo Personal entsprechend vorhanden sein muss, benötigt, um alles, was im Bereich Digitales zu passieren hat, entsprechend zu managen ist.

Ich glaube, diese Umstellungspläne, wenn sie dann diskutiert und erarbeitet werden, sollten tatsächlich nicht schwarz-weiß sein, sondern brauchen gestufte Vorgehensweisen für unterschiedliche Problemlagen, die sagen, wann welches Register gezogen wird, um welches Problem zu lösen, die aber insgesamt, wie gesagt, darauf abzielen müssen, die Funktionsfähigkeit des Bildungssystems aufrechtzuerhalten. Denn wir wissen, wie entscheidend das ist, was Kinder in bestimmten Entwicklungsphasen lernen können, die Erfahrungen, die sie machen können, auch im sozialen Miteinander, wie auch immer das dann ermöglicht wird. Das lässt sich nicht ohne Weiteres alles nachholen.

Vorsitzender Florian Braun: Ich sehe eine weitere Wortmeldung und würde damit die letzte Fragerunde für die heutige Anhörung einläuten mit Blick auf die Uhr. Die Anhörung ist bis maximal 17:00 Uhr angesetzt. Von daher bitte ich um kurze, knappe Frage, klare Adressierung der Sachverständigen und dann vielleicht auch knappe Antworten. Vielen Dank.

Dilek Engin (SPD): In dieser ganzen Thematik sind ja neben den Hauptleidenden, neben den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, auch die Eltern. Deswegen würde mich das jetzt interessieren, Herr Beckmann, was Sie uns nach dieser ganzen Diskussion als Elternverbände mitgeben würden.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Ich würde noch mal einen Aspekt der offenen Jugendarbeit mit einbringen wollen, eine Frage, die in dem Zusammenhang in der Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts gefallen ist, die sagt, dass die offene Jugendarbeit quasi nach der Pandemie neu aufgelegt werden muss, und dass Kinder und Jugendliche aus Familien in prekären Lebenslagen deutlich weniger in der offenen Jugendarbeit erreicht werden konnten. Welche Hilfsangebote müssen denn jetzt quasi folgen und welche Maßnahmen müssen abgeleitet werden, damit diese Kinder und Jugendlichen erreicht werden können bzw. welche Konsequenzen ergeben sich durch eine sogenannte Neuauflage, wenn man sie so definieren möchte? Ich hätte diese Frage gerne an Frau Professor Dr. Walper und an Herrn Holzer vom Landesjugendring und an die LEK gestellt.

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)

29.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Christian Beckmann (Landeselternkonferenz NRW): Was würde es für Eltern bedeuten, wenn Schulen zu KRITIS würden? Das würde für uns bedeuten, vorrangige Ausstattung, Absicherung der Aufrechterhaltung nicht nur in Präsenz, sondern auch hybrid oder online. Und da bin ich definitiv nicht bei Frau Schneckenburger. Wenn wir jetzt nicht anfangen, Schulen als KRITIS zu sehen, stehen wir in der nächsten Pandemie vor der gleichen Situation.

Wir haben in der Situation jetzt, wo wir nicht immer hundertprozentig in die Schule gehen konnten, als Eltern Maßnahmen vorgeschlagen, die jetzt vom Ethikrat auch angesprochen wurden, dass wir viel zu spät gehandelt haben, mit Study-Hall, mit allen möglichen Varianten. Wir haben im Bereich Digitalisierung – wir haben es hier im Ausschuss für Schule und Bildung Anfang Februar 2022 gehört – erfahren, dass für die Digitalisierung die Lernmittelfreiheit nicht ausreichend berücksichtigt ist. Wir hängen die Eltern ab, wenn wir dort nicht eingreifen.

Nicht nur global gesprochen im großen Stil, sondern auch im Kleinen noch mal ein konkretes Beispiel. In der Firma halten wir die AHA-Regel ein. Was macht es mit der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, wenn wir die zu 30 auf 60 m² zusammenpferchen, denen die Fenster aufmachen, weil wir lüften müssen, und wir mit unserer Umfrage „Kälteste Klasse in NRW“ festgestellt haben, dass wir dauerhaft Temperaturen von teilweise unter 15° in den Klassenräumen haben? Das entspricht nicht dem, was wir unseren Kindern angeheißen lassen wollen, damit sie sich gesund entfalten können, damit der Laden hier läuft.

Max Holzer (Landesjugendring NRW): Was muss passieren? Es gab ja das wunderbare Aufholpaket der Bundesregierung „Aufholen nach Corona“, das vom Land ja auch einmal aufgestockt und weitergeführt worden ist. Ein Problem gab es dabei. Die Mittel standen nämlich hauptsächlich für zusätzliche Aktivitäten, also für zusätzliche Angebote zur Verfügung. Wir haben relativ schnell gemerkt: Wer soll denn diese zusätzlichen Angebote machen?

Ich denke, es braucht eine stärkere Förderung – ich kann jetzt nicht nur für die offene Kinder- und Jugendarbeit sprechen, sondern für das ganze Feld der Jugendförderung – der Infrastruktur in der Jugendförderung, um eben das, was in den letzten Jahren erodiert ist, wiederaufbauen zu können. Wir müssen da selbst vor allen Dingen im Bereich Engagementförderung stark überlegen, wie wir also wieder Menschen davon überzeugen können, dass es lohnenswert ist, ihre Freizeit damit zu verbringen, Angebote für andere junge Menschen auszugestalten. Der Fachkräftemangel ist in den Bereichen, die hauptberuflich getragen werden, ein riesiges Problem und wird an ganz vielen Stellen schon weiter benannt. Lösungen allein sind noch nicht in Sicht.

Wir haben gehört, das Feld ist durch die Pandemie stark angeschlagen. Die nächste Krise kommt obendrauf: Energiekostensteigerung, allgemeine Preissteigerungen sind für gemeinnützige Träger, die keine Möglichkeit haben, Rücklagen zu bilden, sehr gefährlich, das gilt auch für Bildungsstätten, weitere Übernachtungshäuser, Jugendzeltplätze, die für das Gesamte wichtig sind. Da unterstützen sich die Träger natürlich gegenseitig, man fährt als Jugendverband oder als Einrichtung oder auch als Schule

Ausschuss für Schule und Bildung (6.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (6.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

29.11.2022

natürlich auf Klassenfahrten in Jugendbildungsstätten, die jetzt von Trägern anderer Felder irgendwie getragen werden. Das hängt alles zusammen, und ich glaube, da ist es notwendig, dass die für die Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplanes angekündigte zusätzliche Förderposition – ich will es nicht Aufholen nennen, denn das finde ich nicht richtig –, die zur Aufarbeitung der Pandemie dienen soll, auch mit zusätzlichen Mitteln im Kinder- und Jugendförderplan zu hinterlegen ist. Denn ansonsten können wir damit nicht viel arbeiten.

Vorsitzender Florian Braun: Für das Schlusswort darf ich einmal an den Videobildschirm zu Frau Professorin Walper geben. – Die, glaube ich, gar nicht mehr mit dabei ist. Das ist bedauerlich, aber dadurch ist dann auch eine weitere Stellungnahme an der Stelle nicht mehr möglich. – Ich sehe auch nicht, dass sie sich jetzt noch mal akut einwählt. Vielleicht besteht dann im Nachgang noch mal die Möglichkeit, die Frage zu adressieren.

Jedenfalls darf ich dann an der Stelle mich bei allen noch anwesenden Sachverständigen digital als auch hier im Raum ganz herzlich bedanken für Ihre Zeit, die Sie sich heute genommen haben, auch für die Zeit im Vorfeld für die Stellungnahmen. Es obliegt nun den Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen, ihre heutigen Beiträge in den weiteren Sitzungen auszuwerten und entsprechend mit dem Antrag umzugehen.

Der Sitzungsprotokollarische Dienst hat uns zugesagt, freundlicherweise, das Protokoll bis spätestens zum 28. Januar nächsten Jahres zur Verfügung zu stellen, damit dann der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend unter der Leitung des Kollegen Wolfgang Jörg bereits ein Votum abgeben kann. Wir werden uns dann hier im Ausschuss für Schule und Bildung zur Auswertung und Abstimmung am 8. Februar zusammenfinden.

Unsere nächste reguläre Sitzung ist allerdings, den Hinweis darf ich noch geben, am 14.12. hier an Ort und Stätte. Damit ist die heutige Anhörung geschlossen. Ich darf Ihnen noch einen schönen Tag und einen guten Nachhauseweg wünschen. – Vielen Dank.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

16.01.2023/16.01.2023

**Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung und
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

**Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen
im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen
Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/60

am Dienstag, dem 29. November 2022
15.00 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Städtetag NRW Köln	Daniela Schneckenburger	18/127 (Neudruck)
Landkreistag NRW Düsseldorf		
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf		
Marie-Florence Geerlings Rektorin der Geschwister-Scholl-Grund- schule Neuss	Marie-Florence Geerlings <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/124
Anke Staar 1. Vorsitzende Landeselternkonferenz LEK NRW Dortmund	Christian Beckmann N.N.	18/41
Heike Tenberg Der Paritätische NRW Tagesangebote für Kinder Kreisgruppe Bochum Bochum	<i>bisher keine Rückmeldung</i>	
Helmut Seifen OStD Gronau	Helmut Seifen	18/123

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Dr. Georg Hörmann Arzt für Psychotherapie Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. Köln	Professor Dr. Dr. Georg Hörmann	18/51
Max Holzer Vorsitzender Landesjugendring NRW Düsseldorf	Max Holzer	18/122
Professor Dr. Harald Karutz Diplom-Pädagoge Mülheim an der Ruhr	Prof. Dr. Harald Karutz	18/24
Professorin Dr. Sabine Walper Deutsches Jugendinstitut Vorstandsvorsitzende und Direktorin München	Professorin Dr. Sabine Walper <i>(per Videozuschaltung)</i>	---
Kathrin Stolzenburg Referat IV.1 - Pädagogische Grundlagen und Qualitätsmanagement Abteilung IV – Bundesakademie für Be- völkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) Bundesamt für Bevölkerungs- schutz und Katastrophenhilfe Bad Neuenahr-Ahrweiler	Kathrin Stolzenburg	18/125 (Neudruck)